

Kommunistische Rundschau

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 230 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17 230 / Dienstanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ungezeigertpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile über deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreiflügeligen Teil einer Tagesseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vor mittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahl besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang



Dresden, Montag den 2. Juli 1928

Nummer 152

Schweres Grubenunglück in Frankreich

Flammentod in der Grube

53 Bergarbeiter erstickt / Der Luftschacht eingestürzt

Paris, 1. Juli.

Wie aus Roche de la Motte (in der Nähe von St. Etienne) gemeldet wird, erfolgte in einem dortigen Steinkohlen-Schacht am Sonnabendnachmittag eine Explosion, wodurch der Schacht in Brand geriet. Trotzdem sofort die Rettungsarbeiten einsetzen, ist eine große Anzahl von Grubenarbeitern tödlich verunglückt.

Zu der furchterlichen Katastrophe in Roche de la Motte bei St. Etienne werden folgende Einzelheiten bekannt: Infolge einer Feuersbrunst, die den Einsturz eines Luftschachtes verursachte, wurden 53 Grubenarbeiter, darunter etwa 30 Franzosen und 10 Polen und Marokkaner, erstickt. Bis zur Stunde konnten 40 Leichen und 15 Bergleute geborgen werden. An der Unglücksstelle arbeiten 570 Bergleute. Die Ursache der Feuersbrunst ist noch nicht genau bekannt. Sie wird jedoch auf einen Bruch der Lufzuführungsanlage zurückgeführt, die dann völlig einstürzte. Die Bergleute stürzten nach den ersten Anzeichen der Katastrophe nach den Förderstöcken. Viele Arbeiter, von den schädlichen Gasen halb erstickt, konnten die Aufzüge jedoch nicht mehr erreichen. Während die Förderstöße unter ständigem Geläut der Alarmglocken die Bergleute zugrunde förderten und Angehörige der in der Grube befindlichen Arbeiter entsetzt nach dem Sig der Verwaltung eilten, wurden die ersten Hilfsmassnahmen eingeleitet. Ergriffene Szenen spielten sich ab, als die ersten Toten und Verwundeten an die Oberfläche gebracht wurden. Der Hof des Verwaltungsgebäudes war bald dermaßen mit Totenbahnen angefüllt, daß nur noch ein enger

Gang übrigblieb. Die Unglücksgrube enthält eine Förderstöhle in 330 Meter Tiefe, mit einer Zwischenstöhle in 220 Meter Tiefe. Hier arbeiteten auf dem eigentlichen Förderposten ungefähr 60 Bergleute. Gegen 7 Uhr am Sonnabend spürte der mit der Bewachung des Postens betraute Steiger einen schlechten Geruch und Rauch. Kurz darauf entstand eine komprimierte Lufzufuhr. Da die komprimierte Luft auf das Feuer wehte und einen Lufzug im umgekehrten Sinne hervorrief, waren von Anfang an die Lösch- und Sicherheitsmaßnahmen besonders erschwert. Gegen 8,30 Uhr erfolgte ein zweiter Einsturz, der auch die Rettungsmannschaften gefährdet. Der Schaden wurde noch durch ein plötzlich einsetzendes schweres Gewitter erschwert. Nach den bisherigen Neuheuerungen der französischen Presse wird die Schuldfrage gestellt und alles in Ordnung befunden, jedoch steht unzweifelhaft fest, daß das Unglück im wesentlichen zurückzuführen ist auf die Nationalisierung des französischen Bergbaus. Auch dort ist das gleiche Antreibersystem, Profitmacherei und brutale kapitalistische Rationalisierung, wie im deutschen Bergbau, zu beobachten.

Feuer im Schacht

To Delitzsch. Am Sonntag gegen 2 Uhr brach bei Vereinigefeld Schacht 1 in Hohendorf im Schacht Kohl bei Instandsetzungsarbeiten Feuer aus, das von mehreren Wehren wirksam bekämpft wurde. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, wohl aber ist der Materialschaden bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Die durch den Brand hervorgerufene Betriebsstörung wird in nächster Zeit wieder behoben sein. Die Beschäftigung der Bolekshäfen erleidet keine Unterbrechung.

Kohlenpreiserhöhung

Die erste Tat der neuen Regierung

Keine Aushebung der Lohnsteuer — aber faule Versprechungen

Mit einer Tat und einem Versprechen beginnt die Müller-Regierung ihr Leben.

Die Tat ist die Zustimmung des neu-alten Reichswirtschaftsministers Curtius zu der am Freitagabend vom Reichswirtschaftsrat beschlossenen Erhöhung der Preise für Oberölschlesische Steinkohlen um 1 Mark je Tonne vom 1. Juli ab.

Das Versprechen ist die unverbindliche Zusicherung Hilsberding's, die Lohnsteuer senken zu wollen.

Die Tat des Kartellwuchers, der Kohlenpreiserhöhung ist vollendet. Ihr folgen bald weitere Taten neuen Wuchers. Zur beschlossenen Kohlenpreiserhöhung in Oberölschlesien tritt die in Kürze folgende Erhöhung der Preise für Steinkohlen um eine Mark, die das Mittels- und Ostsdeutsche Braunkohlen-Syndikat vom Reichskohlenrat gefordert hat. Der Reichswirtschaftsminister hat gegen sie freilich noch Einspruch erhoben, und der Reichskohlenrat will erst noch Sachverständige hören, ob die Selbstkosten der Braunkohlenkapitalisten ihren Preiswucher rechtfertigen. Schmalenbach allerdings hat vor wenigen Monaten sich gegen die Preiserhöhung ausgenommen, der mittels- und ostsdeutsche Braunkohlenkapitalisten ausgesprochen. Doch die Gewerkschaftsreformisten im Reichskohlenrat und die sozialdemokratischen Minister brauchen ein solches Gutachten, um die Brücke zur Befreiung der Syndikatsanprüche zu finden. Die Berliner Arbeiter, die die mittels- und ostsdeutschen Werke Curtius, der schon für die Kohlenpreiserhöhung des Rubbelkohlen-Syndikats eingetreten ist, als er noch Bürgerblödmüller war, geforderten Preis zu bestimmen.

Für diese Tat des vollendeten Kartellwuchers bekommen haben unsicherer Wechsel Hilsberding auf eine zukünftige Koalitionserzung. So unsicher ist dieser Wechsel, daß Hilsberding den Widerstand seiner Koalitionstreue vom Trustkapital in der Regierung fürchtet, es nicht einmal wagt, sich als Minister auf die Lohnsteuererzung festzulegen, sondern von der Partei zu fordern, daß er noch Bürgerblödmüller ist, geforderten Preis zu bestimmen.

Die Wirtschaftspolitik des Mittels, über die gestern abend Hilsberding wieder im Berliner Tagblatt proklamiert, besteht darin, mit unstillenden Thrasen rohstoffe-Monopol-Kartelle durchzuführen.

Was die Arbeiter brauchen ist seine Kohlenpreiserhöhung

teilnehmen. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert in ihren Anträgen die Rückgängigmachung aller in den letzten Monaten beschlossenen Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen. Gleichzeitig stimmt die Regierung der Großen Koalition neuen Wucherforderungen der Kartelle zu.

Was die Arbeiter brauchen, ist nicht eine Lohnsteuererzung, sondern die Lohnsteueraushebung und zugleich die Belebung aller der drückenden Massensteuern. Will das Hilsberding? Keineswegs. Denn er und die Sozialdemokraten haben der Einrichtung der Lohnsteuer, ihrer Aufrichterhaltung zugestimmt. Und wenn im Jahre 1927 über 1282 Millionen Mark aus der Lohnsteuer des Arbeiters im Steuerjäkel der Hindenburg-Republik als Lohnsteuer verschwanden, so sind es die Sozialdemokraten gewesen, die durch die Zustimmung zur Lohnsteuer um diesen Milliardenbetrag das Einkommen der Arbeiter gefügt haben.

Hilsberding und die Müller-Regierung denken nicht daran, diese Kürzung der Höhe durch die Steuern aufzuheben. Sie versprechen nur eine Senkung der Steuer, verschweigen aber zugleich, um wieviel die Steuer gesenkt werden soll. Handelt es sich etwa nur um die Durchführung der Vergütung, des vom vorherigen Reichstag angenommenen Gesetzes, nach dem die Lohnsteuer herabgesetzt sei, wenn ihr Aufkommen 1200 Millionen Mark in Jahre übersteigt? Wenn ja — und es liegt kein Anhaltspunkt dafür vor, daß Hilsberding mehr fordert als die Mehrheit der bürgerlichen Parteien schon im Bürgerblödmüller-Kartell erfüllt haben —, dann handelt es sich bei dieser noch in der Zukunft liegenden Steueraktion Hilsberding's um so geringfügige Beträge, daß allein der schon beschlossene Kartellwucher des Kohlenkapitals sie im Arbeitshaushalt schon weitgemacht. Allein dem sozialdemokratischen Minister liegt mehr am Haushaltsgleichgewicht im bürgerlichen Staate als an der Gleichverteilung der breiten Massen.

Die Werkstätten, die unter dem Kartellwucher leiden, die jetzt erleben, daß er unter der neuen Trustregierung der Großen Koalition genau so blüht wie unter der alten des Bürgerblöds, lassen sich nicht mit faulen Hilsberding-Wechseln abspeisen. Sie wollen den Kampf gegen den Kartellwucher und die Befreiung von den Massensteuern! Sie wollen den Raum erobern bis zum nächsten Maile

Die DMV-Wahlen

Von Willly Schneider

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen der Delegierten zum Verbandstag der Metallarbeiter wurden, wie uns heute morgen vom Zentralwahlkomitee des DMV mitgeteilt wird, insgesamt 13 441 Stimmen abgegeben. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 9 258 und auf die Liste der Opposition 4 076 Stimmen, 107 Stimmen waren ungültig. Die Ergebnisse von vier Wahllokalen stehen noch aus, dürfen jedoch das Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinflussen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß das Ergebnis der Wahl ist ohne Zweifel ein glatter Erfolg für die Reformisten. Während es der Opposition gerade gelungen sein dürfte, die Zahl ihrer Stimmen an der letzten Verbandsstagswahl zu halten, vermöchten die Reformisten ihre Stimmenzahl um rund 50 Prozent zu steigern. Ihnen ist die etwa 20 bis 22 Prozent stärkere Wahlbeteiligung teils zu gute gekommen.

In einzelnen Wahlbezirken, insbesondere in Dresden selbst, konnten die oppositionellen Stimmen nicht gehalten werden, während in den Randbezirken eine geringe Zunahme, wenn auch nicht in annäherndem Verhältnis zu dem Stimmengewinn der SPD-Liste, verzeichnet werden kann. Eine abziehende Stellungnahme und grundlegende Bewertung der Wahl ist im Rahmen unserer heutigen Wahlbetrachtung unmöglich und muß einem späteren Aufsatz vorbehalten bleiben. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Wahl zum Gegenstand gründlicher Diskussion vor den Funktionären und Mitgliedern der Partei gemacht werden müssen.

Eine politische Stellungnahme zu dem Dresden Wahlenergebnis scheidet schon deshalb aus, weil heute morgen eine Übersicht über die Wahlergebnisse in anderen Bezirken nicht vorliegt und aus einer lokalen Errscheinung grundlegende politische Schlussfolgerungen nicht gezogen werden können.

Eins ist gewiß. Dresden gehört zu den stärksten Bollwerken der Sozialdemokratie. Hier hat der Reformismus tiefe Wurzeln geschlagen. Der Kampf der Opposition ist hier besonders erschwert. Das aber kann heute schon gesagt werden: Eine der wesentlichsten Fehlerquellen, die bei der Metallarbeiterwahl zutage getreten ist, das ist die noch immer in höchstem Maße mangelhafte und ungenügende Betriebsarbeit unserer Partei. Dort, wo unser größter Mangel in Erscheinung tritt, versagt die SPD noch immer über ihre stärksten Positionen, die sie unter der "neutralen" Maske der Gewerkschaftsarbeits von den Unternehmern umgeht erledigen kann. Wir verweisen hier nur auf die planmäßige und systematische Bearbeitung der Mitgliedersassen durch ihre Betriebsräte, Betriebsräte, Betriebs- und Hausfassierer, die in beständiger, enger Verbindung mit den Arbeitern stehen. Darüber hinaus stand ihnen der gesamte gut funktionierende, von allen oppositionellen Elementen gesäuberte Organisationsapparat mit den tausenderlei Möglichkeiten der Wahlbeeinflussung zur Verfügung. Das gewaltige organisatorische Übergewicht vermochte die Opposition nicht auszugleichen.

Das allein aber ist noch keine genügende Erklärung dafür, daß die nicht unerheblich höhere Wahlbeteiligung ausschließlich der sozialdemokratischen Liste zugute kam. Die Ursachen liegen noch auf einem anderen Gebiet.

Im Mittelpunkt der Diskussion zur Verbandstagswahl stand vor allem bei den Funktionären und in den Betrieben die gesetzte Einführung der Invalidenversicherung. Mit der Einführung der Unterstützungs- u. Versicherungseinrichtungen, die den Charakter der Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen des Proletariats verfälschen, haben die Reformisten schon früher einmal den Sieg über die revolutionären Elemente danon gefragt. Erinnern wir uns doch an die Diskussionen in den einzelnen Fachverbänden, in den achtzig und neunzig Jahren, vor und nach dem Sozialistengesetz. Auch damals gelang es den Opportunisten mit der Phrase der "gesteigerten Werbedeckung der Organisation" und mit dem Hinweis auf "materielle Gegenleistung", den Klassencharakter der Organisation zu verwischen, den Arbeitern den bequemeren Weg des geringsten Widerstandes schmackhaft zu machen. Gewiß, der Reformismus bekam damals rote Waden, das Wachstum der Organisation vollzog sich jedoch auf Kosten ihrer revolutionären Aufgaben und Zielen. Der Reformismus feierte Triumphe.

In der gegenwärtigen Periode der relativen Stabilisierung, der sich beständig aufspaltenden Klassenkämpfe, bei denen die Basis der Reformisten bedenklich schmäler wird, versuchen die Reformisten, die Arbeiter mit dem gleichen

versicherung einen, wenn auch kleinen, Ersatz für das zu bieten, was das Produkt revolutionären Kampfes sein müßte.

Der Ausgang der Wahl bestätigt, daß ihnen das auch diesmal wieder gelungen ist. Nicht umsonst hat der Vorstand des DMB mit der ihm eigenen Demagogie und Gierlosigkeit unmittelbar vor den Wahlen die Frage der Errichtung einer Invalidenversicherung gestellt. Der aufmerksame Beobachter konnte in allen Wahllokalen feststellen, daß ältere und älteste Kollegen, die seit Jahren nicht an den Wahlen oder anderen freigewerkschaftlichen Aktionen beteiligt, in einem erheblichen Maße zur Wahl gingen bzw. geschleppt wurden. Der Vorstand des DMB spekuliert gut, wenn er den Kollegen für ihr Geld bis ans Lebensende eine schiere Rente versprach. Die durch Nationalisierung und Unternehmerterror erwerblosen und gemahrgelassenen Kollegen flammten sich an die Hoffnung, daß ihnen ihr Verband wenigstens in gewisser Hinsicht eine notwendige und brauchbare Stütze im Alter sein könnte. Ihnen lag auch in dieser Frage das Heim näher als der Rest. Sie vergaßen aber, oder wußten noch nicht, daß gerade die Unternehmerpolitik der Nationalisierung, der Arbeiter-Massenentlassungen u. der Verschlechterung der staatlichen sozialen Gesetze durch die Politik der DGB-Führer, sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre und durch die Koalitionspolitik begünstigt und geradezu mit herbeigeführt wurde.

Diese Tatsachen, die im Wahlergebnis einen sichtbaren Ausdruck fanden, bestätigten jedoch nicht nur, wie tief noch immer in den Köpfen der großen Masse der Arbeiter, und bei den Metallarbeitern handelt es sich um einen der wichtigsten Teile der Arbeiterklasse, die reformistischen Illusionen verankert sind, es zeigt sich auch die nicht zu leugnende Tatsache, daß es die Opposition im DMB Dresden noch nicht vermochte, dem Reformismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen und die Massen der Metallarbeiter dem ideologischen Einfluß der Reformisten zu entziehen.

Das aber bleibt die wichtigste Lehre dieser Wahl. Die Partei hat die Aufgabe, ihre großen organisatorischen Schwächen, die im Verlaufe des Wahlkampfes in Erscheinung traten, zu überwinden und, ohne die klare grundsätzliche Linie zur Gewerkschaftsfrage zu verlassen, ihre tatsächlichen Maßnahmen zu überprüfen.

Das Leipziger Ergebnis

Leipzig, 2. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Aus dem Bureau des DMB wird uns über den Verlauf der gestrigen Verbandsabstimmung folgendes gemeldet:

"Abgegeben wurden insgesamt 10.612 Stimmen, davon für Schäfer 6716 (1926 nur 444) Stimmen und für Lieberasch. Viele der Opposition, 3793 (1926 3368) Stimmen, ungültig waren 100 Stimmen."

Bauzaun

Bei der gestern in Bauzaun stattgefundenen Wahl zum DMB-Verbandsstag wurden abgegeben für die Liste A 315 Stimmen und für die Liste B 192 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 5 Prozent.

Schnitz

Bei der Metallarbeiter-Verbandsabstimmung erhielt die Liste der Reformisten 9, die der Opposition 10 Stimmen.

Um die Regierungserklärung

Die SPD verzichtet auf Lohnsteuerentlastung

Neue Forderungen des Zentrums

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Die Verhandlungen des neuen Kabinetts werden fröhlestens heute abend zu Ende wählen sein, obwohl sie am Freitag begonnen haben und morgen die Regierungserklärung im Reichstag von Hermann Müller abgegeben werden muß. Wie verlautet, will der sozialdemokratische Reichskanzler eine trostlose Erklärung verlesen, in der auf das Abweichen in die Details verzichtet werden soll. Zu den Differenzen ist ein neuer hinzugezogen, und zwar fordert das Zentrum die Behandlung der Schulfrage. Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding ließ erklären, daß er "eine etwaige Anträge der Parteien auf die Lohnsteuerentlastung befürworten" werde. Er will es mit seinen Koalitionsfreunden nicht verbünden und drückt sich vor einer selbständigen diesbezüglichen Maßnahme, ist es ihm doch bekannt, daß sich keine Mehrheit für die notwendige Lohnsteuerentlastung finden wird.

Um schwierigsten für das Kabinett scheint die Frage zu sein, ob ein ausdrückliches Vertrauensvotum verlangt wird, oder ob sich das Kabinett mit Annahme einer Willigungsformel zufrieden gibt. Ein großer Teil der Volkspartei scheint nicht gewillt zu sein, für ein positives Vertrauensvotum zu stimmen.

Die liberale Pleite

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Gestern fand hier ein sogenannter liberaler Tag, einberufen von der Liberalen Vereinigung statt. Besonders nach dem Ausgang der Reichstagswahl spielen die "Liberalen" von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei mit dem Gedanken, eine liberale Partei zu gründen. Die Tagung, auf der ein paar demokratische und volksparteiliche Abgeordnete, sowie der Reichsminister Groener anwesend waren, endete mit einer auftreffenden Pleite.

Ausweitung der deutschen Donez-Angeklagten

TU. Kowno, 30. Juni.

Wie aus Moskau gemeldet wird, werden die deutschen Donez-Angeklagten Otto, Badstieber und Meyer wahrscheinlich aus der Sowjetunion ausgewiesen werden. Es heißt, daß der Angeklagte Otto ebenfalls keine Gefängnisstrafe zu verbüßen gewerde, obwohl dies der Staatsanwalt noch am Freitag gekündigt hat.

Die Todesstrafe, erklärt der Staatsanwalt, sei ein Mittel des Selbstschutzes des proletarischen Staates, der auf den Grundsätzen des revolutionären Geistes beruhe.

Das Urteil gegen die Schuldigen der Charleroi-Dynamitexplosion

Charleroi, 1. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Das oberste Gericht der ukrainischen Sowjetregierung hat gegen die russischen und deutschen Ingenieure, die beschuldigt waren, an der letzten Dynamitexplosion im Donezbedien mischtig zu sein, das Urteil gefällt. 4 Angeklagte wurden zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Bekanntlich wurden bei der Explosion 12 Personen getötet, darunter ein deutscher Chemiker.

Der neue Kurs . . .

Zwei Kundgebungen der neu gebildeten Sozialdemokraten-Minister und ein Vorwärts-Kommentar zum Schacht-Projekt kennzeichnen den neuen Kurs.

Severing tritt als starker Mann auf, er hält im bürgerlichen Journalistenverein "Republikanische Presse" eine stürmisch belliatische Rede. Der Verein hat einen bekannten Mann zum Vorsitzenden. Es ist Herr Spicker, Oberministerialrat im Preußischen Innenministerium, heiter Reichsbahnchef, seinerzeit bekanntlich der politische Leiter der 200 am 11. Februar 1921 ermordete in Oberschlesien, immer schon Vertrauensmann der Weimarer Bürokratie. Dieser Vorstehende begrüßte Severing lärmend und freundlich, ebenso freundlich und launig antwortet Severing. In seiner Rede kündigt er an, daß die SPD gar nicht daran denkt, bald aus der Regierung herauszugehen, im Gegenteil, vier Jahre will sie drin bleiben, genau, bis 29. 6. 1932. Und sie will — was Herr Severing verspricht, das hält er — dort "aktive republikanische Politik" machen. „Ich darf Ihnen versichern, daß ich ver suchen werde, aus meinem Ministerium aktives Verfassungsministerium zu machen.“ Der kleine Metallarbeiter aus Bielefeld, der mit dem General Waller und mit Rohrbach und mit Hauenstein und mit all den anderen und mit der Schutzpolizei Preußens vom Faschismus und Bolschewismus gleichzeitig gerettet hat, er kündigt an, daß er wieder da ist und der alte geblieben ist. Von Hindenburg zu Severing, das ist der neue Kurs, sagt die sozialdemokratische Presse, und das ist er auch. An Stelle des faschistischen Trotzki tritt der Staatsmann Severing. Die Republik mag ruhig sein.

Einen weiteren Vorgeschmack der kommenden aktiven republikanischen Republik gibt Hermann Müller mit seinem Glückwunschkreis an Hindenburg zur Geburt seines Enkels. Die neue antisozialistische Reichsregierung sagt Herrn Hindenburg unterläufig durch den Mund Hermann Müllers: „Das deutsche Volk wird Ihre und Ihres Hauses Freude darüber, daß nunmehr der Name Hindenburg auch im männlichen Stamm fortleben wird, beglückt sein. Sie ist überzeugt, daß bei der tiefen Verehrung, die Sie, Herr Reichspräsident, in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes genießen, gerade diese Nachricht den freudigsten Widerhall finden wird.“ sendet „verehrungsvolle und aufrichtige Glückwünsche, beste Wünsche auch dem Herrn Sohn, dem Major Hindenburg für den Stammler, „mit verehrungsvollen Empfehlungen, verbleibe ich, hochge-

ehrter Herr Reichspräsident. Ihr stets ganz ergebener Müller, Reichskanzler der deutschen Republik, Sozialdemokrat!!“

Ist das nur eine Dokumentation? Nein, das ist mehr, das ist auch ein Signal des neuen Kurses.

Und dann das dritte Signal. Hier bleibt der neue Kurs der alte Kurs. Die gesamte bürgerliche Presse beschönigt sich darauf, aus der großen Auflagede Kritiklos in Moskau die Urteilsanträge wiedergegeben, sie bringt Auszüge aus dieser Rede. Aber der Vorwärts, das sozialdemokratische Regierungsorgan, kommentiert sie dafür lang und breit als Beispiele unerhörter Grausamkeit der Sowjetjustiz. Er steht gegenüber die Justiz der Bourgeoisie gegen die, so sagt er selbst, wenigen Fälle schwerer Sabotage, die von unaufklärbar und in die Irre gehenden Arbeiten als vermeintliche Waffe im Klassenkampf in westeuropäischen Ländern ergripen worden sind, und die Antwort der bürgerlichen Justiz darauf. Auf der einen Seite das Verbrechen der Konterrevolutionäre in Russland und die Abrechnung der Sowjetjustiz mit den Verschwörern. Keinem bürgerlichen Gericht in einem europäischen Lande sei es eingefallen, mit dem Urteil auf „physische Ausrottung des Klassenfeindes“ zu antworten. Kein europäisches Strafgesetz kennt die Todesstrafe gegen Sabotage. Aber die kommunistische Justiz, die die „Zweckjustiz“ der Sowjetunion als Gegenstück zur Klassenjustiz der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet und die kommunistische Praxis, die 21 Menschen unter der Verdächtigung der Sabotage physisch ausrotten will, steht einen Unterschied zwischen der gewollten Zweckjustiz in Sowjetrußland und der bürgerlichen Justiz. Welchen Unterschied? Dieser: „Sie zeigt die eigene Justiz in unerhörter Grausamkeit und gibt damit der Justiz des Klassenfeindes das Zeugnis größter Humanität.“ Nein, dieses Zeugnis blieb dem Vorwärts vorbehalten. Wäre die Wirtschaftsabstrophe im europäischen Klassenkampf ein Mittel, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu gefährden, die Bourgeoisie würde darauf mit Massenterror antworten, wie sie überall dort und fast überall mit dem sozialdemokratischen Gendarm auf die Bedrohung ihrer Klassenherrschaft antwortete, wo es wirklich hart auf hart ging. Die Geschichte der deutschen Republik, die Geschichte Ungarns, Finnlands, Polens usw. spricht ganz eindeutige Sprache. Aber dem Vorwärts geht es ja nicht darum, die Bedeutung der gegenrevolutionären Sabotage in der Sowjetunion, die tatsächlich den Lebensnoten des proletarischen Staates verwundet könnte bei jedem schwierigen sozialistischen Aufbau, klarzustellen, ihm geht es nur darum, Herrn Stresemanns Außenpolitik zu unterstützen, dem verhaften Bolschewismus eins auszuwischen, für die kommenden großen Entscheidungen die Stimmung zu fabrizieren. Das ist das dritte Signal des neuen Kurses.

Was sagen zu diesem Kabinett, zu diesem Kurs die linken Sozialdemokraten? Sie erkennen die Rolle ihrer Führung im Kabinett des Trustkapitals. Die Leipziger Volkszeitung schreibt: „Das Kabinett der Persönlichkeiten bleibt ein Kabinett der Großen Koalition. Auch die Persönlichkeiten werden den ehemalen Zwang der klassenmäßigen Bindung aller Beteiligten nicht befreien können. Die anderen haben unverfehlhaft die kräftigeren Elternbogen, die sie auf Grund ihrer mächtigen wirtschaftlichen Positionen entsprechend nachhaltig gebraucht werden.“ Die Breslauer Volksstimme verliert die Sprache, aber in der Überschrift „Die Regierung gesplitt“ drückt sich aus, was die Redaktion denkt. Die Chemnitzer Volksstimme sagt, sie lege mit Erfolg das Schildfahrt ihrer Partei. Die Partei sei auf eine sehr harde Probe gestellt. Und weiter? Weiter nichts. Wie sollten die zentralen Helden etwa einen Kampf gegen die harde Probe führen? „Es gibt keinen Gegner der Koalitionspolitik, der in den Zeiten der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung einfach die Rolle der alten Tante spielt, die auf dem Sofa sitzt und übernimmt“, formuliert mit dankenswerter Offenheit die Frankfurter Volksstimme. Nein, es gibt in den Sozialdemokratie keinen Gegner der Koalitionspolitik, keinen Widerstand gegen den neuen Kurs, dieser Gegner ist einzige und allein die revolutionäre Partei. Jetzt heran an die Massen, an die 12 Millionen vom 20. Mai 1928, und alle Kraft gesammelt gegen das Verbrechen im Dienste des Trustkapitals, für den Sieg der Arbeiterklasse gegen die verräter und ihre Herren.

Die Sache mit Hermann Müller

Ran jubelt der Bürgerblockbrüderlich, Durch die Lust jauchzt sein Freudengeträster, Nun hat er seinen Verein bezogen! Der brave Herr Franzen-Müller, Zeit wird regiert, daß es nur so macht, Zeit wird gemäßigt, mal ganz egzt, Nun führt uns in herliche Zeiten, Das Kabinett der „Persönlichkeiten“.

Das Regierungsprogramm, das wird ein Gemisch Von Krupp und von Hitler-Dingen, Eine Mischung, weder Fleisch noch Fisch Muß der Schachter-Ehe entspringen. Als Molto sieht über dem traurigen Walt: Das Kompromisseln, das ist des Müllers Lust! So wird sich das Dugend von schönen Köppen Friedfertig durchs öde Dasein schleppen.

Über Persönlichkeiten wird jacht gewischt Mit gespaltetem Phrasengemäuse . . . Von Panzerkreuzer, da hört man nicht — Das gab 'ne Regierungskrise. Neun Millionen stimmen für SPD — Die beschenkt sich jetzt den Kamillenlee . . . Sie reden schon merklich Süßer. Von der Sache mit Hermann Müller.

Kaj mit Sudlimat.

Mitshandlungen an Bela Kun

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Wie dem Verleidiger des Genossen Bela Kun aus dem Kabinett mitgeteilt wird, ist der ungarische Revolutionär neuen schweren Misshandlungen ausgesetzt. Die Wiener sozialdemokratische Arbeitzeitung erklärt hierzu, daß die österreichische Sozialdemokratie „abwartet“, und wie üblich, die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der standesärönen Misshandlungen eines politischen Gefangenen fordert. Inzwischen wird der Genosse Bela Kun von den jugoslawischen Seepolbeamten wohl verhaftet.

Die Pariser Kommunisten verhaftet

TU. Paris, 30. Juni.

Trotz polnischer Verbots handen Freitag abend an drei verschiedenen Stellen von Paris Kundgebungen der kommunistischen Gemeinde um Staatsbeamten statt. Von den 3000 Teilnehmern wurden etwa 100 verhaftet. Es wurde aber nur eine Verhaftung ausreichend.

Massenverhaftungen der Kommunisten in Japan

TU. London, 30. Juni.

Nach Meldungen aus Tokio wurde am Freitag in Tokio und Kyoto insgesamt 130 Personen verhaftet, die sich gegen das Jod von Thronrat angekämpfte Gelehrte über die Bestrafung kommunistischer Beteiligten vergangen haben. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung nun, vor dem im September stattfindenden Krönungsempfang Japan von allen Verhaftungen zu löschen, um die Möglichkeit von Kundgebungen und Verschwörungen ähnlich der Kronju-zeremonie zu verhindern.

Wieder blutiger Religionszwist in Indien

TU. London, 1. Juli.

Nach Meldungen aus Kalkutta sind während eines Zusammenstoßes zwischen Hindus und Mohammedanern bei einem religiösen Fest in der Nähe von Khargpur 12 Personen getötet und zahlreiche verletzt worden.

Französisch-italienischer Zwischenfall

Paris, 1. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

An der französisch-italienischen Grenze hat sich ein Zwischenfall ereignet. Drei bewaffnete italienische Faschisten drangen in französisches Gebiet ein und plünderten französische Militärposten.

Vom Tage

Ein weiteres Opfer der Reitungsversuche für die Italia-Deutsch

TU. Berlin. Die Montagspost berichtet, daß von dem am Freitag von dem russischen Eisbrecher Maljzin zur See nach der Lundborg-Gruppe aufgestiegenen Flieger Babaichin bis jetzt jede Nachricht fehlt. Noch kurze Zeit nach dem Start habe Babaichin mit dem Eisbrecher in Funkverbindung gestanden, dann verstummte sein Sender.

Ein russischer Eisbrecher unweit der Italia-Badungsstelle

TU. Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Eisbrecher Krassan am Sonnabend den 28. Breitengrad erreicht, so daß er sich unweit der Stelle befindet, wo die Italia niedergegangen ist.

Der Todesopfer einer Familiengeschichte

TU. Worms. Der frühere Stadtverordnete Edelmann wurde am vergangenen Freitag mit Frau und zwei Kindern in seiner Wohnung durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Edelmann stand im 35., seine Frau im 33. Lebensjahr. Das dritte Kind, ein 12jähriger Knabe, wurde dadurch verschont, daß es bei seiner Großmutter schlief. Edelmann war schwer nervenleidend. Kurz vor der Tat hatte er seine Stelle aufgegeben und seinen Verwandten bleiblich mitgeteilt, daß er sich und die seinen umbringen wolle.

Millionenunterschlagungen einer 62-jährigen

TU. Paris. Aus Versailles verschwand die dort wohnende 62jährige Kästnerin Bourgeot nach Unterholz in der Nähe von 2½ Millionen Mark. Man nimmt an, daß sie mit gefälschten Papieren in einem ausländischen Kloster Zuflucht suchte.

Hunderte Tote bei den Überflutungen in Japan

TU. London. Nach ergänzenden Meldungen aus Osaka über das Ausmaß der Überflutungstatkatastrophe in den westlichen Teilen Japans, besonders bei Kusatsu, sind bisher 1500 Häuser in einem Gebiet von etwa 35 000 Morgen Ackerland unter Wasser gesetzt. 4000 Mann Regierungstruppen sind für die Hilfsarbeiten herangezogen worden, die besonders darin bestehen, die Überfälle bei Amamoto, sowie die Verbindung zwischen Fukuro und Saga auszubauen. Die Zahl der Toten liegt nach den bisherigen Meldungen 100. Der Schaden wird zweilen auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt.

Die Stadt Kohlau vom Feuer bedroht

Eine Million Brandshoden

TU. Kohlau. Der Riesenbrand, der am Sonnabend die Holzläger im östlichen Solowerte Leopold Hall in der Nähe von Kohlau entzündet, war für die Stadt Kohlau sehr ein Zeitaufwandskampf. Wenn der Wind umgedreht wäre, wäre der Feuer übergekommen. Der Brand konnte nur dadurch verhindert werden, daß vierhundert Meter Wasser aus der Elbe gepumpt wurde. Der einzige Brandshoden wird auf 1,5 Millionen Mark geschätzt.

Wie die Reformisten den Kampf um den Achtstundentag haben, die 46-Stundenwoche sabotieren, zeigt anschaulich die Bewegung im westfälischen Textilgebiet beim Ablauf des Arbeitszeitabkommen. In Wesseling besteht bisher eine Arbeitszeit von 51 Stunden, die mit Zustimmung des Betriebsrates auf 54 Stunden ausgedehnt werden konnte. Lehnte die gesetzliche Betriebsverordnung die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden in der "Vorwärts" dann kann sich der Arbeitnehmer an das Tatsachenstück vom 2. Juli jährlinischen im Vorderhof im vergangenen Jahr herstellen? Ist die gesetzliche Sozialdemokratie bis zu 57 Stunden eingetreten? Hat es Hermann Müller nicht am Ende vor dem Tarifgericht berichtet, dass die Sozialdemokraten es vielleicht nicht drastisch die ganze "Tat-Sinn der Linken" in der Förderung ihrer Kampf um die Aktionärszeit zum Ausdruck bringen? Treten nicht noch beantragt, vor dem Arbeitgeber als führende Minister in die Räte der Föderation ein? Männer, die verdienen, dass man ihnen verständig und bewahrt, Männer, deren Rennen und Charakter entscheidend auf Fortdauer zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung erneutern. Landsprache (Vorwärts). Unter ihnen der Schatz der Bourgeoisie.

Schließlich der grösste Sevring, dieser kleine Metallarbeiter aus für den künftigen Sieg der Arbeiter gerettet hat, ihm wird jetzt der bürgerliche Staatsapparat ausgeliefert! Unter ihnen weiter Hilsberg, die theoretische Leuchte des wissenschaftlichen Sozialismus im Lager der Sozialdemokratie. Verfasser des "Arbeitszeitgesetzes", gefeierter Programmredner des Kieler Parteitages, wie dieser Erfeind des Kapitalismus als Finanzminister in Deutschland, heißt das nicht, an der großen Kasse der Bourgeoisie, dieser berühmte Kapitalistenteil, heißt das nicht den Tod zum Götter machen? Gar nicht zu sprechen davon, dass Hermann Müller der Führer und Vorsitzende der wichtigsten Parlamentsfraktion einer Sozialdemokratischen Partei, der Führer der 152 Arbeitervertreter im Deutschen Reichstag, gar nicht zu sprechen davon, dass Wissel, die Leuchte des mächtigsten ADGB, einer der Hauptköpfe der Ammerländer Bauschule, das Arbeitsministerium der Republik übernimmt!

Und müsste nicht von Rechts wegen die Sozialdemokratie, angelangt an diesem Punkt, eingedrungen durch die Pforten der Bürgerschaft nicht weitergehen können, und weil sie in der Reichsregierung, triumphieren? Hat sie jetzt nicht erreicht, was zu erreichen sie auszog, die Machtallianz, die „wurde noch nicht den Sozialismus“, aber doch die ersten Schritte zu ihm ermöglicht? Ist jetzt nicht die Stunde der Einlösung der Wechsel, die Errichtung der wichtigsten Tagesforderungen von Millionen Unterdrückten und Ausgebeuteten, gekommen?

Sie wird sich von Rechts wegen der gläubige sozialdemokratische Arbeiter fragen. Er hat ja dieser Partei deshalb seine Hilfe gewährt, er und sein Bruder, der sozialdemokratische Wähler, sie haben der Partei am 20. Mai die Stimme gegeben, weil sie erkannt zu haben glaubten, dass es wie bisher unter dem Bürgerschloss nicht weitergehen könne, und weil sie in der Sozialdemokratischen Partei die Kraft sahen, die Wendung zu bringen! Was aber muss der sozialdemokratische Arbeiter erfahren? Gerade das Gegenteil von dem tritt ein, was er erwartet hat. Die Bourgeoisie triumphiert und die Sozialdemokratie zeigt sich beherrschender, heisch... ener als je!

Die Sozialdemokratie in der Regierung? Aber großartig. Mit „habsenswerte Klarheit“ ist jetzt die Verantwortung der Sozialdemokratie festgestellt, soll sie zeigen, was sie kann“ (Deutsche Allgemeine Zeitung). „Die bisherigen Voraussetzungen einer gewissen doppelseitigen Politik sozialistischerseits sind wegfallen. Die Übernahme der Verantwortung durch die Sozialdemokratie muss jetzt möglichst voll zum Ausdruck gelangen“ (Germania). Das ist das Echo des sozialdemokratischen Regierungseintritts, das ist die Stimme der Bourgeoisie, so redet nicht der Sieger, der dem Untergangenen seine Bedingungen auferlegt hat, dem ein großer Coup gelungen ist, der seinen Widersacher düpiert hat!

Die Sozialdemokratie in der Regierung, die Regierung unter sozialdemokratischer Führung, nur der Reichskanzler, auch drei der wichtigsten Ministerien sind in sozialdemokratischen Händen — das ist eine verdammt peinliche Sache, gesteht die Sozialdemokratie. „Wenn unsere Fraktion nicht darauf bestanden hat, im Kabinett eine sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, so hat sieslug daran getan. Denn die Sozialdemokratie hat gar nichts davon, wenn sie die Bürgerlichen im Kabinett überstimmt, solange sie das nicht auch im Reichstag tun kann... Im Kabinett können (untere Minister) den bürgerlichen Ministern nicht den Willen der Sozialdemokratie aufzwingen. Erfolge im Sinne unseres Programms können nur auf dem Wege der Verständigung gewonnen werden. Allgemeiner gesprochen, steht ja die Sache so, dass bei dem gegebenen Kräfteverhältnis ohne ein Verhandeln und Sichverständigen praktische Erfolge für die Arbeiterbewegung überhaupt nicht zu erreichen sind. Das gilt für gewerkschaftliche ebenso wie für politische Kämpfe. Sie finden ihren Ausweg schließlich am Verhandlungstisch. An dieser unbestreitbaren Tatsache können die schönsten kommunistischen Phrasen nichts ändern. Sie können

Die Schnitterin

Bon Heinrich Rau

In einer porosomischen Zeitung fand man vor einigen Tagen nachfolgende Notiz, die einer breiteren Öffentlichkeit zu übergeben werden verdient:

Zurmen. Angeblicher Leichenfund. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, im nahegelegenen Jägerwald sei eine weibliche Leiche im Gebüsch gefunden worden. Als der Sache nachgegangen wurde, fand man eine Schnitterin, die dort ihre Niederkunft gehabt hatte. Die völlig Erkröpfte wurde ins Dominierte Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach der Einlieferung verstirbt. Nach dem neu geborenen Kind sucht man noch.

Der Leiter des Blattes sah diese Nachricht und fand kaum etwas Aufregendes dabei. Und doch erfuhren wir aus ihr wieder einmal etwas vom Elend, dem die Schnitterinnen im Jägerwald ausgesetzt sind. Selbst der gebärende Mutter, das junge, neue Leben findet da, wo das Großagrarrium herrscht keine Hilfe. Die Unglückliche wird auf die Straße getrieben und muss dort umkommen. Es ist Zeit, dass diese Zustände beseitigt werden.“

So steht im Vorwärts vom 26. Juni 1928 zu lesen. Erst vor wenigen Wochen — während der Wahlen — haben wir gelesen, dass in Preußen unter sozialdemokratischer Ministerherrschaft zum Wohle der Arbeiter regiert werde. Ein besonders warmes Herz habe Ministerpräsident Braun für die Landarbeiterkraft. Nun hören wir: die Schnitterin muss im Gebüsch gebären, muss verenden wie ein Hund. Das Großagrarrium herrscht.

Der Tod der Schnitterin ist nicht allein eine Anklage gegen das brutale Vorgehen eines einzelnen Guisches. Das kapitalistische System, die kapitalistische Republik sitzt auf der Anklagebank. Man muss sich vor Augen halten, in welche Lage das herrschende System die Schnitterinnen, die meist aus Polen kommen, bringt. Lassen wir zunächst den evangelischen Wohlfahrtsdirektor W. Jachim sprechen, der als welter Rabe in einer Schrift: „Wer will den ersten Stein?“ die skandalösen Schnitterverhältnisse beschreibt. Er erklärt u. a.:

Welches oder and die sitzenlosen verbrecherischen Arbeitsbedingung. Es sind neben dem niedrigen Lohn vor allem zwei. Als erste ist hier zu nennen: Die jungen Leute, die etwa als Schnitter Arbeit suchen, erhalten auf der landwirtschaftlichen Stellenvermittlung, wosfern sie allein ohne Mütter kommen, die Auslastung, dass die Arbeiter nur „waldmäuse“, wie der technische Ausdruck lautet, eingesetzt würden. Ein junger Mann alle

ens, am Ende des Lateins große Be... scheidenheit

auch nichts an der Tatsache ändern, dass wir in einer kapitalistischen Welt leben, deren innere Gegenläufigkeit auch ein sozialdemokratischer Arbeitsminister nicht aufheben kann. Della-mieren ist leicht, dem Gegner auf dem Wege der Verständigung praktische Erfolge abzuringen, ist schwer...“ Und so weiter, immer nach der Melodie: „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr, geht es im Vormärz am Tage nach der Machteroberung (paläontal)!“ Aber halt, Herrschaften, ihr habt uns doch gesagt, wie notwendig es ist, sich um die Fahne der Sozialdemokratie zu scheren, wie sie herausgeholt wird, was herauszuholen ist, auch heute, wo man noch nicht den ganzen Sozialismus haben kann. Und jetzt mit einem Male, wo es Hermann Müller geschafft hat, diese Scheidenheit, diese Be... entdeckt? Haben am Ende die Kommunisten recht behalten, die von vornherein erklärt haben, dass ihr Schwinderl sei, dass selbst ein Revolutionär durch seinen Eintritt in die Regierung in den bürgerlichen Machtkappata an den Verhältnissen nichts ändern kann, dass schon gar nicht notorische Arbeiterverräte, wie die Sozialdemokratie auch nur das Geringste ändern können? Am Ende zeigt sich, dass einer dieser berüchtigten kommunistischen Phrasen, der alte Karl Marx, das schon vor 80 Jahren im „Kommunistischen Manifest“ und dann wieder 1871 und sein Mitarbeiter, der berüchtigte kommunistische Phrasen Engels und alle die anderen berüchtigten Phrasen, wie Plehnrecht und Lenin recht behielten, als sie die Arbeiterklasse lehrten, dass das Proletariat nur durch die Revolution, nur durch die Zersetzung des Machtkappates der Bourgeoisie sich befreien kann? Am Ende sind die vom eitlen Schwäger Hilsberg, der noch in Riel so dredit den neuen Weg zur Macht prorrogierte, zwar jetzt am Anfang ihres Regierens, aber am Ende ihres „sozialdemokratischen“ Jägerlateins?

Sie sind es! Das werden die nächsten Wochen, und wenn die Bourgeoisie will, die nächsten Monate noch klarer beweisen. Vorläufig hat die Bourgeoisie den „Ferien-Kabinett“ nur das Ferien-Programm zur Unterstützung vorgelegt. Nur die Forderung, dass jetzt aber ernst gemacht wird mit der berechtigten Forderung der Deutschen Volkspartei auf die Abschaffung der Preußenkoalition. Das zeigt zunächst einmal die Feindseligkeiten amnestiert werden. Da zeigt vor allem Herr Wissel seine Kunst im Schlichtungsministerium unwiderstehlich beweisen, dann erk wird sich zeigen, ob der Zwangsvergleich zur Sanierung oder zum Konkurs führt, ob die Noisierung, deren Unzulänglichkeit nicht zu bestreiten ist, zur endgültigen Lösung wird. Wie wird euch, sozialdemokratische Realpolitiker, vernünftige

Leute, die ihr euch von den Kommunisten nichts erschrecken und vertrauensvoll der großen Partei, der mächtigen Sozialdemokratie, anvertraut habt?

Wie wird euch werden, wenn die Linksmillionen 20. Mai auf die Idee kommen, sich nicht damit zu begnügen, dass Herr Hilsberg ihr Reichsfinanzminister ist, wenn sie die Idee kommen, jetzt zu fordern, was das mindeste ist, dass die Bourgeoisie und die indirekten Steuern verschwinden, dass die Bourgeoisie von ihren Profiten zahlt und nicht die Arbeiter von ihren Hungernden?

Wenn sie weiter auf die naheliegende Idee kommen, dass ein Arbeitervorstand im Arbeitsministerium nicht Schiedsgerichte gegen die Arbeiter zu führen, sondern den ganzen Schlichtungswidmung zu befehligen habe, in den großen Wirtschaftskämpfen die Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmer, die Forderungen der Arbeiter gegen die Hanswürte um zu vertreten habe. Auch deutet „wo nur Narren glauben können, dass man den Sozialismus erreichen können“, dürfte das nicht zuviel verlangt sein.

Wenn die Linkswähler weiter der Aussicht sind, dass jetzt ihr Vertrauenswähler Sevring dafür zu sorgen habe, dass nicht „Scharfmacher, Halbwissen und Reaktionäre“ regieren, dass jetzt vielmehr mit den Polizeibrutalitäten, mit den Stahlhelm-aufmärschen, mit dem großen und kleinen Ausnahmestand, der billig wie Brombeer im Herbst für die Arbeiter und Kleinbauern demonstrierten bis jetzt zu haben war, ein Ende gemacht werden soll. Das zeigt am Ende die reaktionären Beamten der hohen Bürokratie, die Polizeihochstift, beseitigt und die Gewerkschaften, die Schuhorganisationen der Arbeiter, der Frontkämpferbund usw. gefordert werden sollen?

Und wenn sie, die vor allem aus ernstem Friedenswillen für die Sozialdemokratie und ihren Maulpaßismus eintraten, jetzt die Forderung stellen, dass ein sozialdemokratisches Reichskabinett, eine sozialdemokratisch geführte Regierung nicht nur den verbrecherischen Unfug der Panzerkreuzerbauten abstellen, sondern die anderen legalen und illegalen Rüstungen der Bourgeoisie bekämpfen, wenn sie vor allem fordern, dass gute ernsthafte Beziehungen mit dem Arbeiter- und Bauernstaat der Sowjetunion aufgenommen und jeder Versuch der noch engeren Eingliederung in die Kriegsbeckerfront der Churchill und Poincaré im Reime erwidert werden soll? Und wenn sie bei all diesen, den allerbedeutsamsten, den allernächstenliegenden, den allerbedeutendsten Forderungen erkennen, dass die SPD-Minister nicht nur nicht dafür, sondern alles dagegen tun werden, was ihre neuen Machtpositionen ihnen ermöglichen, dass die Massen dann auf die nicht lehr fassende Idee kommen, die sich aus all dem Widerlegen ergibt, dass ihre Unisatz auf die Koalitionsregierung nur sein kann: Kort mit seinem Schwund, zum Tasch mit den Brüdern unserer Bürgerlichen Ministerkessel, aber her mit einer Arbeit-Bauernregierung!

Das Kabinett der „Köpfe“

Das Ergebnis von 9 Millionen sozialdemokratischen Stimmen

Der hochbeglückte Ver-
eher Hindenburgs



Hermann Müller



Von links nach rechts, oben beginnend: Reichsaufnahmenminister Gustav Stresemann. Reichsinnenminister Wilhelm Karls Sevring. Reichsfinanzminister Rudolf Hilsberg. Reichswirtschaftsminister Julius Curtius. Reichsernährungsminister Dietrich Wissel. Reichspostminister Dr. Schäzel. Reichsarbeitsminister Rudolf Wissel. Reichswehrminister Wilhelm Gröner. Reichsjustizminister Erich Koch.

beitsverhältnis eintreten will, um mit ihm zu arbeiten, nach getaner Arbeit für ihn zu sorgen, seine Kleider instand zu halten, mit ihm zusammenzuleben. Und zwar so seit, dass, wenn etwas das Mädchen kommt wird und den Dienst nicht mehr versiehen kann, auch der Vater, die Stelle aufzugeben muss.

Das zweite aber ist die Unterbringung dieser Schnitterpärchen, wie sie genannt werden. Sie müssen gewöhnlich größere Schlafräume mit mehreren anderen Pärchen gemeinsam benutzen. Eine Trennung der Geschlechter durch Scheide oder Bettchimie ist oft nicht einmal angeendet. In kleinen Räumen müssen einfach zwei Pärchen auf zwei notdürftigen

Lagerstätten Unterkunft finden. Die Unterkunftsräume haben einen verwahrlosten hässlichen hässlichen Charakter, sind nur mit allerbedeutsamen Möbeln ausgerüstet, alles gut genug als Unterkunftsraum für die Zugvögel.

Hier, wo der oberste Gott der christlichen Kapitalisten, der Profit, befindet, hier zwingen sie die Schnitterpärchen zum Zusammenleben, ob sie wollen oder nicht. Die abgrundtiefe Heuchelei der christlich-kapitalistischen Moralprediger wird hier ans Licht gezeigt.

Diese Siellervermittlungspraxis ist von der kapitalistischen Republik anerkannt, alle kommunistischen Anträge auf ihre Belebung werden stets abgelehnt.

Gott Profit befindet aber mehr.

Eine schwangere Schnitterin ist bei der Arbeit behindert. Schwangerheit ist daher verboten! In dem von der Städtischen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung entworfenen und auch mit Zustimmung der darin vertretenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beschlossenen Arbeitsvertrag für polnische Wanderarbeiter wird versügt, dass die Arbeiter unterbleiben verhindern müssen, vollständig fund, ohne jegliches die Arbeit hindern des Geweben (weibliche nicht schwanger) zu sein. Zuwidderhandlung ist Entlassungsgrund und berechtigt zur Einbehaltung der vom Lohn wöchentlich abgezogenen Kavitation! Die im Namen des Profites zum Beispiel mit einem Mann gewogene Schnitterin, die bei Schwangerheit jederzeit dem Arbeitslosenleben (ohne Arbeitslosenunterstützung für polnische Schnitterinnen) vor Augen hat, ist andererseits aber auf Grund der §§ 218 bis 220 nicht berechtigt, die Schwangerheit zu bestreiten, wenn sie nicht durch Vergehen gegen das leitende Leben ein hohe Nachhaltigkeit zu ziehen will.

Die Schnitterin wird gewungen, auf andere Weise das Kind in ihrem Beise und sich selbst zu tödten! Wie? Sie verzögert noch wie viele schwere Arbeit. Da auch das Schnitterin-Schutzgebot — das lediglich das Fernleben von Arbeit und Beziehen von Kaufengeld 6 Wochen vor und Wochen nach der Niederkunft erlaubt — für die Schnitterin ungültig ist, wird die Schnitterin gewungen, bis zum letzten Tage der Niederkunft die schwere Arbeit zu verrichten. Sie gehört auf dem Feld, gebürtig im Gebüsch. Die völlig Erkröpfte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach der Einlieferung verstarb. Nach dem neu geborenen Kind sucht man noch. Vielleicht ist das Neugeborene von Ratten gefressen, vielleicht war es eine Aehlängigkeit, die die Mutter mit letzter Kraft vertrug.

Opfer des Gottes Profit!



Ein Kreuz

für das Proletariat sind diese
Brüder mit ihrer Sozialpolitik.
Wer den Kampf gegen führen will,
liest die neue Zeitschrift:
PROLETARISCHE SOZIALPOLITIK

Notschrei eines Wohnungslosen

er Sicherung einer jungen, was das
wurde. Ich veröffentlichen in nachfolgendem eine Zeitschrift eines
angefüllenden. Sie zeigt auf deutliche, in welch geradezu
Der Ausgängler Weise ein großer Teil der Bevölkerung — dieser Fall
ist es nicht vereinzelt da — hausen muß. Welch verheerende
und des Tropfen dieser Zustand hat, zeigen nicht zuletzt die Selbstmord-
taten und Unfälle, ganz abgesehen von den furchtbaren seelischen Qual-
taten und Niederkreuzen.

Wie lange wollen sich die Wohnungsuchenden noch die un-
ten, daß Armutigen Zustände gefallen lassen? Vielleicht äußert sich aber
sie an den auch einmal das Wohnungsamt zu diesem Fall.

Ich habe einen verheirateten Sohn von 32 Jahren die Frau
gingen bis ich 34 Jahre, sie sind im Oktober 5 Jahre verheiratet. Mein
Sohn hat bis jetzt nur allereinfachste Bemühungen noch keine
Lebensmittel erhalten. Allerdings hat er schon so oft welche zuge-
wiesen bekommen, aber entweder es waren nur Obdach, oder
wenn es passende Wohnungen waren, hieß es, wir lassen Ihnen
Bescheid zu kommen. Wenn nun für eine Wohnung meist vier
Wohnungssuchende Karten erhalten, so sucht sich der Herr Haus-
wirt natürlich solche heraus, welche keine Kinder haben. Let-
ter sind drei Kinder da von 1, 5 und 12 Jahren. In 8
Fällen hat der Hauswirt zur Antwort gegeben, die Wohnung
behält ich selbst, die bekomme das Wohnungsamt nicht. Ist denn
hierüber das Wohnungsamt nicht informiert? Wüssten denn die
Wohnungssuchenden jetzt ihre Zeit und ihr Geld verschwendet?
Mein Sohn wohnt in Bautzen, er hat nur eine ganz kleine
Wohnung; eine Küche, wo die Kinder immer nur zum Essen mit
der Stuhlkante fürchten müssen, ein Badezimmer wäre
eigentlich eine Badezimmers, wo im Winter die Wände von
Eis klauen und es auf die Betten regnet. Im Sommer ist es
eine Hölle, das kaum jemand schlafen kann. Das kleinste Kind
ist 1½ Jahr alt und muss noch im Korb schlafen, weil sein Bett
aufgestellt werden kann. Schon wiederholte wollte die Frau den
Gasbrenner öffnen, um die elenden Verhältnisse abzuschaffen. Da
es denn nicht möglich, eine so lange unter der Wohnungssuchenden
Karte zu erhalten nur für diese eine Familie? Aber natürlich,
die Herren Wohnungssuchenden wissen ja davon nichts, denn
diese Herren haben alle bestimmt ihr schönes Heim. Es war auch
schon eine Schwester vom Gefundensamt da die Wohnung zu
beschaffen, worauf die Wohnung mit ganz vordergründig bezich-
net wurde. Aber man sieht, daß das ganz und gar keinen Ein-
druck macht. Ich als Mutter werde mir das Gefühl nicht mehr lange
mit machen, ich nehme einfach meine zwei kleinen Enkelkinder
und bringe sie nach dem Wohnungsamt. Ich denke, Mann und
Frau sind auch als genug, um eine Wohnung zu beanspruchen.
Über Geburtenrückzug wird viel geschieben, aber dann ist es
auch Pflicht des Staates, für die Familien zuerst zu sorgen, die
mit Kindern gelegen sind. Wenn heute eine junge Mutter aus
Verzweiflung ihr Kind ums Leben bringt, bekommt sie Jacht-
hut. Wenn aber Hunderte von Kindern dem Wohnungssuchend-
en Opfer fallen, wird der Staat nicht verantwortlich gemacht.

Dazu wird uns noch folgendes mitgeteilt:

Der Arbeiter Ritter ist wohnungsbeschäftigt in Dresden.
Seit jetzt in Bautzen, Gründstraße, eine Behelfswohnung
e. die aus einer Küche und einer Dachkammer, die früher als
Zimmer dienten, besteht. Die Dachkammer wurde
geweitet, die Wände sind schief, im Winter ist die ganze
Raum eingehängt mit Reis überzogen. Die Familie des
Ritters besteht aus fünf Personen, und zwar: Mann, Frau
und drei Kindern im Alter von 1, 5 und 12 Jahren. Für das
Kinder kann kein Bett aufgestellt werden; der Koch, in
der Ritter, das Kind deshalb zu schlafen gezwungen ist, ist bereits zu
verhandeln, so daß die Freude der Verkrüppelung des Kindes vorliegt,
und für die Arbeiter Ritter hat etwa 40 Wohnungen vom Wohnungs-
amt nachgewiesen bekommen, jedoch hat er nie eine Wohnung
erhalten können, da gleichzeitig mit ihm eine Reihe anderer
Dresdner Wohnungssuchender Anträge auf die betreffende
Wohnung erhalten hat. R. bekommt nun diese Karte erst abends
in die Hand, während die Dresdner Wohnungssuchenden die
Karte bereits früh erhalten und sich demnach eher um die
Wohnung kümmern können. Der Grund für das spätere Er-
eilen der Karte vom Wohnungsamt ist darin zu suchen, daß R.
in Bautzen wohnt, die Post erst gegen 9 Uhr ausgetragen wird,
so R. bereits auf Arbeit ist.

Die Postspieldienstler, die die Wohnung besichtigt hat,
ist die Freiheit eines Wohnungswechsels eingezogen, ohne
daß R. bisher eine andere Wohnung erhalten hat.

Rausgelebt

(Arbeiterkorrespondenz)

In unserer schönen schwarz-rot-goldenen Republik gibt es
eine Brückenkasse. Jeden Deutschen eine ausreichende Woh-
nung, ob das aber auch für Erwerbslose und noch dazu
Schwerbehinderte in Frage kommt? Dem Nachtheiten
noch läuft, mit einem 80 Prozent Schwerbehinderten hatte
im Grundstück Reichsstraße 11, 1., eine Wohnung inne,
die Riete ist jeden 1. des Monats pünktlich gezahlt worden.
Doch der Eigentümer, vertreten durch seinen Verwalter
Herrn Reichsanwalt Kruschwitz, schloß keinen Mietvertrag, und
der Begründung, Wohnungsinhaber sei erwerbslos, und
die Karte für das Wohnungsamt sei ungültig, da seine Ehe-
frau viele unterzogt hätte. Nun möchte ich wissen, zu was
haben wir ein Wohnungsamt und Richter, wenn solche
Sachen vorkommen. Oder sollte die Sache so liegen, daß man
einem Reichsanwalt mehr Rechte zugestehen als einem erwerbs-
losen Invaliden? Es wird mal Zeit, daß den immer stecher und
brutaler auftretenden Haushalt die Zügel nicht gar zu loset
gelassen werden, denn sonst liegt dann jeder erwerbslose Prolet
auf der Straße.

Der Wintervorhersage an die städtischen Arbeiter

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde unter anderen
auch folgender Antrag des Genossen Schneider angenommen:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, den
städtischen Arbeitern den Reibetrag des Wintervorhusses zu
erlassen.

Für diesen Antrag hat auch die SPD gestimmt, obwohl sie
im Amtshaus sich gegen die Annahme wandte. Ihr Umfall ist
zweifelsohne unter dem Druck der städtischen Arbeiter erfolgt.

Auf der Tagessitzung der heutigen Stadtverordneten-
sitzung steht unter anderem die Bevölkerungsreform zur Beratung,
sowie die in der letzten Sitzung unerledigten Anträge. Die
Sitzung beginnt 18 Uhr im Neuen Rathaus.

Der trabende Amtschimmel

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie schnell heute in der Stadt der Hygiene einem Verun-
glückten geholfen wird, zeigt folgender Vorfall. Am 29. Juni
vormittags 8.15 Uhr stürzte am Anfang der Augustusbrücke ein
Mann in den dreißiger Jahren und hielt an die rechte Schulter.
Die Arztsche waren jedermanns Krankenfalle. Der hinzukomende
Polizeibeamte ordnete an, daß im Schloß die Sanitätswache alarmiert und das Krankenauto bestellt wird.
Statt dessen kommen nach einer ganzen Zeit zwei weitere
Polizeibeamte und stehen nach, ob auch wirklich ein Unglücksfall passiert ist. Auf unsere Frage, ob der Krankenwagen bald kommt,
wird uns gesagt, der Herr Inspektor hat schon die Wohlfahrts-
wache angerufen. Jetzt endlich kommt ein Wohlfahrtsbeamter,
der sich Platz durch die Menschen, die sich angeklemmt haben,
und beschaut sich auch erst den Kranken. Dann läuft er hinüber
nach dem Landtag und ruft die Feuerwehr an. Als er wieder-
kommt, meldet er, der Wagen sei schon unterwegs. Endlich
nach 7 Minuten kommt der Wagen und der Kranken wird fort-
geschafft, nachdem er eine halbe Stunde gelegen hatte. Wenn

man nun bedenkt, an einem solchen verkehrtreichen Punkte die
Sanitätswache geschlossen, welch ein Hohn für den Proleten
wenn ihm etwas passiert. Selbst die diensttuenden Beamten
sammeln, wie können nichts dafür! — Kommentar überflüssig!

Seidebaupanzucht im Zoo. Wer die Entstehung der So-
densäcken beobachten will, hat dazu in diesen Tagen die beste
Gelegenheit, da im Jegen Zoologischen Garten die Seidenwürmer, die Raupen des chinesischen Maulbeer-
spinners jetzt nach Abschluß ihres Raupenwohnraums sich durch
Spinnen einer rings geschlossenen Umhüllung die Wiege für das
nun folgende Puppenstadium bereiten. Viel Hunderte solcher
Kolosse sind schon fertig und standen sind etliche Raupen dabei,
zwischen seinem Gesäß das auf den Rücken geschnitten angebracht
wurde, die seitigen Spinnfäden, die aus der Spinnwarze vor
der Mundöffnung hervortreten, berattet zu befestigen, daß sie in
immer dickerem Netzwerk die Spinnner rings einschließen.
Nach 14 Tagen schon werden den Kolosse die fertigen Schmet-
terlinge entschlüpft, indem sie durch ein äußeres Speichelsetzert
in die selbe Hülle ein großes Loch bohren. Da hierdurch
die Kontinuität des Seidenfadens viel hundertfach zerstört wird,
findet solche normal gelebten Kolosse zur Gewinnung des Seiden-
fadens nicht brauchbar. Will man den Seidenfaden im Zu-
ammenhang abholzen, so muß man die lebenden Puppen durch
Hitze töten. — Das Rosarium steht jetzt in vollster Pracht
und ist eine Schönwürdigkeit für sich.

Ein Personenzug mit Steinen beworfen. Am 21. Juni gegen
11.45 Uhr wurde der zwischen Dresden und Coswig ver-
kehrende Vorortzug in Vorstadt Wehlen an der Brücke
überführung der verlängerten Friedensstraße mit Steinen
beworfen. Als Täter kommen drei halbwüchsige Burschen, die
gleichen worden sind, in Frage. Der Kriminalpolizei ist es

Wirs . . .

Reichspräsident, Ihr seid ganz ergebener Müller,
der deutschen Republik, Sozialdemokrat! —

Wie eine Polizeienigierung? Nein, das ist mehr,

Signal des neuen Kurses.

Lebte Signal. Hier bleibt der neue Kurs der
faulniente bürgerliche Presse beschränkt sich darauf,
um Geld zu erlangen in Moabit und die Ur-
namen zu und gibt es keinen Leiterstelle erhalten in Moabit.

Wie war der flüchtige Dieb? Am verga-
ben in der 17. Stunde wurde von einer Land-
mädchen in der Haustür ein verdächtiger Mann
ausgelaufen. Nicht Guiles ahndet eil-
igst entsteht die Wahrnehmung, daß die
Wohnstube hier mußte die Wahrnehmung, daß die
aus einer Handtasche, die auf dem Tische lag, ein
großes Taschenmesser entwendet hatte. Der Dieb wurde so-
dann gelangt es ihm in Richtung Kaisergarten zu ent-
fernen, worauf er das Taschenmesser weg.

Bodenammerdiebstahl. Aus einer verschlossenen Boden-
ammer des Hauses Lüderitz Straße 7 wurden in der Zeit vom 17.
Mai bis 20. Juni zwei Deckel mit Federn, rotes Tischtuch und
zwei rote und graue Steppdecken gestohlen. Zur Ermittlung
des Diebes oder Verbleib der Sachen dienliche Angaben werden
an die Kriminalpolizei, Zimmer 88, erbeten.

Von einem Motorradfahrer angefahren

Am Sonntag in den Vormittagsstunden wurde eine Po-
motivführerscheide in der Löbauer Straße von einem
in der Marienstraße wohnhaften Motorradfahrer angefahren.
Man brachte die Verunglückte mit erheblichen Verletzungen nach
der dortigen Heil- und Pflegestalt.

Ein Auto überrollt

Ein aufregender Vorgang trug sich am Sonnabend gegen
19 Uhr im Stadtteil Dresden-Blasewitz zu. Unweit vom früheren
Lehrerminister stand eine Autotodeschule, die von den
Lehrern der Cothener Straße herabkam, gegen einen Baum
und stürzte die Böschung hinab, dabei sich über-
schlägten. Wunderbarweise kam der Chauffeur mit dem
Schaden und eine Injektion mit verhältnismäßig leichten Ver-
letzungen davon. Die betroffene Todeschule mußte abgeschleppt werden.

Schwer verunglückt

In Meißen wurde beim Überqueren der Fahrbohr eine
im Anfang der siebziger Jahre stehende Fußgängerin des Wein-
stifts zu Coswig, eine Frau Franke, vom Radfahrer eines
Autos erfaßt und umgerissen. Die Frau erlitt je einen Arm- und Beinbruch, sie wurde nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Totgequetscht

Der in der Mitte der fünfziger Jahre stehende, in der
Brauerei Reisewitz beschäftigte Kraftwagenfahrer Georg
Eichner geriet in Meißen in der dortigen Niederlage mit
dem Kopf zwischen Postauto und Anhänger, er wurde hierbei
totgequetscht.

In allen den vorerwähnten Einzelfällen sind die zuständigen
polizeilichen Stellen noch mit der Klärung der Schuld-
fragen beschäftigt.

Anglaubhaft aber wahr!

Zelle an Zelle

muss gereicht werden. Vermehrt die Betriebszellen!
Werkt für Partei und Presse!

Neudorf. Diesen Ausruf muß jeder tun, der sich die Zu-
stände in unserem Dorfe betrachtet. Der Bürgermeister hat
am 1. April 1927 sein Amt niedergelegt, da ihm nachgewiesen
wurde, daß er nicht immer im Interesse und zum Nutzen der Ge-
meinde gehandelt hatte. Da aber der Bürgermeister-Stellvertreter
von der Amtshauptmannschaft nicht bestätigt wurde, mußte der Bürgermeister die Geschäfte noch weiterführen. Die
Gemeindetambos, die wegen Beanstandung des Stellvertreters
des Bürgermeisters angezogen wurden, hat jedoch die Amtshaupt-
mannschaft eines anderen belehrt. Und so ist schon längst der
Bürgermeister-Stellvertreter verpflichtet worden, aber der Ex-
Bürgermeister führt die Geschäfte, oft zum Schaden der Gemeinde,
mit Wissen der Amtshauptmannschaft Löbau weiter. Ein Ver-
fahren bei der Staatsanwaltschaft gegen den Bürgermeister, we-
gen zu gutgeleisteter Dienste im Interesse der Gemeinde und
zum Schaden der armen Sozialarbeiter, schwelt zur Zeit. Ein
Glanzstück, ja, man könnte sagen, ein Aprilscherz, wenn die
Sache nicht so ernst und nicht am 23. Juni dieses Jahres gewesen wäre, leistete er sich, indem er die Gemeindevertreter zu einer
öffentlichen Sitzung zusammenrief. Alle Gemeindevertreter
waren erschienen, nur der Bürgermeister nicht als Vertreter.
Nach langem Warten und Zögern mußte der Gemeindevertreter
den Vorsteher die Sitzung leiten, obwohl er das Sitzungsmate-
rial nicht kannte. Überhaupt hat sich der Bürgermeister über
ein Jahr in den Sitzungen ironisch Einladung durch den Gemeinde-
vertreter-Vorsteher nicht lehen lassen. Über seinen Gehalt
lässt er sich pünktlich jeden Monat holen. Auch führt er die
Beschlüsse der Gemeindevertreter oft sehr mangelhaft oder
gar nicht aus. Darüber haben schon die Gemeindevertreter
Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde
erhoben. Auf Beschluß der Gemeindevertreter reichte der
Gemeindevertreter-Vorsteher die Beschwerde bei der Amtshaupt-
mannschaft Löbau ein. Die Amtshauptmannschaft ver-
langte nun von dem Gemeindevertreter-Vorsteher die Ver-
zahlung der ihm entstandenen Kosten von rund 36 Reichsmark.
Der Gemeindevertreter-Vorsteher konnte aber nicht glauben,
daß dies von der Amtshauptmannschaft ernst gemeint sei und
fragt noch einmal bei ihr an. Die Antwort blieb nicht aus und
lautete: Umgehend sollte der Gemeindevertreter-Vorsteher
das Geld einzhändig, da die Amtshauptmannschaft ihren Be-
schluß nicht umdrehen könne. Unterzeichnet waren Regierungs-
rat v. Schönberg und Obersekretär Beulert. Der Gemeindever-
treter-Vorsteher wandte sich an das Ministerium des Innern,
da er als Richter und Vorsteher doch ahnte, daß dieser Beschluß
der Amtshauptmannschaft ungünstig war. Die Kreishaupt-
mannschaft gab den Beschluß der Amtshauptmannschaft auf.
Auch ist es aber soweit durch den damaligen Beschluß der Amtshaupt-
mannschaft, daß niemand eine Beschwerde über das
gemeindeschädigende Verhalten des Bürgermeisters bei der
Amtshauptmannschaft einreichen will, da er sonst zum Zahlen
der Kosten, welche der Amtshauptmannschaft bei der Unter-
suchung entstanden, herangezogen wird. Auch vom 12. Mai d. J.
liegt wieder ein Beschluß der Gemeindevertreter vor. Be-
schwerde bei der Amtshauptmannschaft gegen den Bürgermeister
wegen Nichtausführung von Beschlüssen der Gemeindevertreter
einzureichen. Aber der Gemeindevertreter-Vorsteher hat dies bis dato noch nicht getan, da er üble Erfahrungen gemacht
hat. Verschiedene Gemeindevertreter äußern laufend des Bürgermeisters spezielle Freuden, die mit ihm durch dünn und dünn
gegangen sind, nicht zum Nutzen der armen Sozialarbeiter nicht
mehr in die Sitzungen zu kommen, da es zwecklos sei, da die Be-
schlüsse oft nicht ausgeführt würden. Wenn das noch lange
unter den Augen der Amtshauptmannschaft so weiter geht,
bleibt unserer Einwohner nicht anderes übrig, als die
Selbsthilfe, um unseren Bürgermeisterthron zu räumen.

Tierquälerei

(Arbeiterkorrespondenz)

Neubau. Bruno Böttcher, unternimmt Lößfuhrten. Er
war schon einmal in Großschweidnitz in der Ziegelei. Die-
sel hat ein Pferd (Schimmel). Es gibt diesem Tiere ganze und
halbe Rüben zu fressen und Spreu natürlich ganz wenig. Das
Pferd ist ganz ausgehungert. Es kann nichts mehr ziehen. Dann
schlägt er es mit dem Peitschenstiel und schimpft „verfluchtes
Pferd! Wenn du nicht siehst, schaff ich dich zu Röben (Roh-
blächer!)“ Andauernd hat das Pferd Röben, denn es ver-
trägt kein grünes Futter mehr. Als eine Tierquälerei sonder-
gleichen. Sagt man was über die Einwohner von Neubau
der Tierquälerei, so sagen sie ganz einfach, na ja, der Kiel
ist doch nicht mehr geisteskreuzungsfähig. Die Frau des
Sonntags geht sie in die Kirche. Heides verträgt sich nicht ganz
mit. Wenn wird aber diesem Tierquälerei das Handwerk gelegt?

Bom Wagen gestürzt

In Marbach bei Rosau stürzte der in der Mitte der
fünfziger Jahre stehende Gutsauszüchter Hermann Miersch,
der seinem Sohne in der Heuerzeit half, vom Wagen, brach da-
bei die Wiedersäule und war sofort tot. Der andere

Bom Schornstein gestürzt

Barzen. In der Papierfabrik Muldenstein stürzte am
Mittwoch zwei Arbeiter beim Schornsteinbau aus einer
Höhe von 45 Meter ab. Einer war sofort tot. Der andere

Jittau. Die Landesgartenausstellung der Arbeiterwohlfahrt vom
9. bis mit 17. Juni erbrachte für Jittau und die Orte der Um-
gebung, die mit durch die Kolonne Jittau bearbeitet wurden
ein Gesamtergebnis von 277251 Mark.

„Freizeit“ in Rathen . . .

(Arbeiterkorrespondenz)

All den vielen Fremden, die den so malerisch an der Elbe
gelegenen Ort Rathen durchwandern, füllt es auf, daß ihnen
allenthalben das Wort Gottes in die Hand gedrückt wird. Und
niemand anderes als die Heiligen sind es, die da glauben, neue
Schätze zu kapern . . . Sie sprechen die Leute an, erzählen

Zärtliches Ende des Bauhner Bordells Kurs . . .

Die Kleinen hängen sich
und die Großen?

Der Bauhner einst und hoffentlich zum letzten Male sind wir gegangen, in der üblichen Angelegenheit des Bauhner Bordells daß öffentl. zu erregen ist. Der Kurs geht solange zum Wasser, das "richtige" liegt ein altes Sprichwort. Daß das Bordell auf merklichem Wege ein jahres Ende nehmen wird, hat sich kein Patron zuletzt nicht räumen lassen. Der Polizeiamt, der uns nun an die Seite des "überwundenen" Überlebensstaates überlässt bestreitet bekanntlich nach 10 Jahren seiner Existenz auf den Einfall einzutreten, Bordelle zu verbieten. Nur noch "Zimmervermietung" ist gestattet. Und Gott sei Dank leben wir noch in einer freien Republik. Da kann niemanden vorgeschoben werden, wie oft und zu welchen Tagen oder Nachmittagen er seine "Freundin" oder "Brut" besuchte will. Und ebenso steht es jeder "Brut" frei. Freutigano in beliebiger Weise und zu beliebiger Zeit zu empfangen. Nur in einem Punkte muß der Willkür ein Regel vorgehoben werden. Es geht im freien Volksstaat nicht an, daß irgendwelche andere Hausbewohner mit der Neidensart von "unmöglichkeit Ruhesicherung" ihren Nächsten vorstellen wollen, bis zu welcher Abend- oder Nachtkunde sie Besuch empfangen dürfen. Dann ist die Brüder auch noch da und fordert natürlich für zwangsläufig Entfernung solcher unverträglicher Menschen.

Wie gefast, verboten und verbeten, und Herr Bürgermeister Dr. Körber hat ja auch leidenschaft der staunenden Weltweit verhindert, daß das auf der Wilsener Straße 47 kein Bordell, sondern eine "Zimmervermietung" sei. ("Aus Eins machen Zwei, aus Zwei machen Eins, das ist das hexeneins!"). Herr Papperoth aus Bergmann fand darum keineswegs als Bordellbesitzer anzusprechen wuerde. Er hat keine Autume eben vermittelte wie andere einfache Hausbesitzer auch. Das ist, darüber eine etwas märchenhafte Summe als Miete bezahlen mußte, geht uns nichts an, denn in einem freien Volksstaat kann doch jeder machen was er will. Alle notwendigen Einrichtungen genügt nun der Telephonanlage über die Dimandese bis zum Nachtrag noch der Postamt, die Zimmermeisterin (der die Postamt noch Kapellmeister) ist jedoch bestellt. Allen möglichen Gläubigern und denen des Herrn Papperoth? hat Herr Körber Weisheit ausgesetzt. Würde sie die unangenehme Eigenschaft, einmal jähig zu werden. Zur Freude der Zeit endlich ist. Jeder, daß sie gar nicht in der Lage ist, das Geld aufzubringen, sei es nun, daß die Miete an Papperoth zu hoch, oder daß die Untermiete von den Mädchen zu niedrig war. Kurz, sie fand an zu gründeln, mußte keinen Ausweg mehr und unternahm einen zweimaligen Selbstmordversuch.

Der Gangie sie sich, wurde aber noch rechtzeitig abgequittiert. Denkborrle se, je habe ich nun wieder beruhigt und wollte etwas ausprobieren. Statt dessen häufte sie sich in die Spree, wurde sie ins nach neraumer Zeit herausgeholt und liegt jetzt die siere Woche im Stadtkrankenhaus. Die Bauhner Versteigerung weist nichts davon, weil

die Presse alles folglichsteggen hat.

Alten Zeitungen, die gierig nach jeder Sensation hasten sich über einen Selbstmord freuen, weil er die Zeitung "anzeigt" macht, schwelgen! Die politische Einheitsfront wird ganz und geteilt durch die Schmid-Einheitsfront. Nach dem Tapeziert und Volksetzung haben die Errichtung und die Beleidigung des Bordells verübt und bewilligt. Nur die Arbeiterstimme hat damals den ganzen ungeheuerlichen Alldau aus Tageszeit gezeigt. Und jetzt glauben die Herren Schmid das tragische Ende des Bordells verhüllt zu können. Gemach ihr Herren! Sie weht ihr lügt - in Schreiben über im Schweigen - um so eher werden wir eure Monopolstellung durchbrechen!

Kurz nach dem Abtransport von Herrn Körber war schon eine neue "Zimmermeisterin" eingetroffen. Und zwar eine Dame aus der Königsalle (Dresden), die wenige Monate vor dem Bauhner Häuse als Unternehmerin tätig war. Aber am Abend des 28. Juni rierte dieselbe jemals ihren Unternehmungen wieder ab mit der Begründung, daß "sein Gewissensdruck" sei. Herr Papperoth wurde vor dem angegriffen, um die "handhaben Sachen zu übernehmen. Herr Papperoth lehnte natürlich ab, wahrscheinlich mit der Begründung, daß ihm die Sache nichts angeht". Dann wurde die - Polizei zur Übernahme aufgefordert. Ob dieselbe auch bestimmt hat, ihr gebe die Sache nichts an, entzieht sich unserer Kenntnis. Nachdem weiterer Dr. Körber Herrn Papperoth die Genehmigung zur Einrichtung eines Bordells gegeben hat, ist doch das Ganze eigentlich eine Volkswirtschaft!

Und wer sind die trauernden Hinterbliebenen? Neben Herrn Papperoth, den Vater, natürlich in erster Linie Herr Dr. Körber, der dem Garten die amtliche und priesterliche Weihe gab, und jetzt leben muß, daß nicht einmal das Unkraut auf seinen Beeten gediebt. Aber auch eine ganze Anzahl Bauhner Geschäftsfreunde, die für ihre teilweise in die Tausenden gehenden Steuerungen keinen einzigen Pfennig Geld erhalten haben. Und das kommt nur die Telephonentlastung zu zufügen gratis und franco gegeben. Und das Rädtliche Elektrizitätswerk muß auch

auf eine beträchtliche Summe verzichten. Im übrigen dürfte der Bauhner Steuerzahler interessieren, daß

die Stadt 2000 Mark in das Haus eingebaut hat, ohne irgendwelche Sicherung!

Und die Bauhner Wohnunglosen mögen wissen, daß nun wieder zwei Wohnungen, die man ihnen wider Recht und Gesetz entzogen hat, freigegeben werden. Es geht am 5. Juli vorm. 9 Uhr vor dem Amtsgericht statt. (Justizgebäude, Zimmer Nr. 1).



Saure Gurken-Zeit

gibt es in der KPD nicht. Unvermöglich wird für Partei und Presse geworben.

der Herr Reichspräsident, Ihr seid ganz ergebener Müller, Kanzler der deutschen Republik, Sozialdemokrat!"

Was das nur eine Loyalitätsentgleisung? Nein, das ist mehr, auch ein Signal des neuen Kurses.

allen kann das dritte Signal. Hier bleibt der neue Kurs der den ganzen gesamten bürgerlichen Press bekräftigt hat darauf, Mutter, als gesamte bürgerliche Presse bekräftigt hat, die Arbeitnehmer die Grubenarbeiter PdA überhaupt können Schwär einmal bei einer Arbeitersfrau in die Schule um etwas Bildung zu lernen. Ohne die gesellschaftliche Vertretung zu befragen, leistet Hugo Schwär einen für die Arbeit ungewöhnlichen Aufwand. Zwei Wochen kam die Schwär nicht auf den Stundenlohn. Als aber die dritte Sitzung über den Stundenlohn in der härtesten Form entschieden, so zahlte die noble Firma - nur den Stundenlohn. Als sich ein Kollege darüber beschwerte, wurde er auf die Straße geworfen, - ein Vater von drei Kindern! An den Tisch haftete die Firma überhaupt nicht, und die Frau Schwär pleisterte den Verband. Doch dieses nutzt der Firma alles nichts, die Arbeitgebernden Instanzen befürchten sich mit diesen für die Arbeit stützenden Zuständen. Da Herr Schwär sieht, daß dieses Jahr ein anderer Geist in der Belegschaft herrscht, und dieser nicht alles so gern hinnimmt wie früher, so droht er mit Stilllegung des Betriebes. Er wird in den nächsten Wochen, in welchen der Betrieb wieder geht, sehr genug verdient haben.

Die Belegschaft der Firma Schwär ist fast restlos organisiert, und sie wird alle Hebel in Bewegung setzen, um diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Sonntag - Sonntag!

Hei, wie sie springen, diese Mädels! Da unten vom Waldrand, wo die frischgrünen Birken den dunklen Nadelwald umfassen, kommen sie eilenden Laufes daher. Jetzt biegen sie den Waldrand ein und kommen gerade auf uns zu, immer näher und näher. Vorbei geht es an Kornfeldern, festigen Weizen, vorbei an dem kleinen, im hellen Sonnenchein glühenden Büchlein. Nun noch der kleine Hügel, und schon sind die jungen, frischen Gestalten bei uns. „Frei! Hell!“ schallt uns aus lachenden, vom Wind und Laufen geröteten Gesichtern entgegen, und „Frei! Hell!“ ist unsere Antwort.

Und nun lagern wir alle, und unsere Freundinnen erzählen von ihrem Lauf. Herrlich war es! Fröhlich haben sie sich ausgebracht und sind noch dem Sportplatz gewandert. Da herunter mit den lässigen Kleidern und schnell in die lustige Sportkleidung geschlüpft. Und nun „Leb wohl!“ Sportplatz, heute geht es in die sommerliche Natur. Heute wollen wir einmal frei sein von allem lästigen Zwang. Heut wollen wir einmal Menschen sein!

So ist es geworden, und eine jede läßt ihre Blüte schwelzen. Zu unseren Füßen die herrliche Landschaft in latten, sommerlichen Farben und darüber leuchtendblauer Himmel und lachender Sonnenchein. - Niemand spricht ein Wort, und doch denkt eine jede das gleiche: Können wir doch öfter hinausziehen und die Schönheiten der Natur bewundern! Doch täglich müssen wir endlose Stunden in dumpfen Räumen an den Maschinen sitzen und für wenig Geld unsere Kraft hergeben. Nur selten bleibt uns da abends Zeit, noch etwas für unsere Gesundheit



Geburtenregelung

Die Anregungen, die die bekannte amerikanische Vorläuferin für Geburtenregelung, Margaret Sanger, vor einigen Monaten bei ihrem Besuch in Berlin gegeben hat, haben zur Gründung eines Komitees für Geburtenregelung geführt, das durch den Chefarzt der Ambulatorien der Berliner Krankenhäuser, Dr. Benedict, Stadtarzt Dr. Hobmann u. Stadtarzt Dr. Schmid, die ärztlichen Leiter der Gesundheitsämter Berlin-Neukölln und Berlin-Neufölln, sowie Frau Dr. Stöcker, die Vorsitzende des Bundes für Maternitum, vertreten sind. Das Komitee eröffnete Anfang Juli eine Sexual-Beratungsstelle in den Räumen des Ambulatoriums Neufölln, Schönstraße 18.

Die Notwendigkeit, den zur Seuche angewachsenen Unterbrechungen der Schwangerschaft entgegenzuwirken, hat zu einer ersten Überprüfung der Gesichtspunkte einer vernünftigen Geburtenregelung geführt. Die Grundfälle, die dem Komitee für Beratungen maßgebend sind, lassen sich abgesondert von allen Fragen, die im Rahmen der Sexualberatung sonst auftauchen, in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. bei allen Frauen, bei denen eine Schwangerschaft eine Gefährdung ihrer Gesundheit oder ihres Lebens mit sich bringt, also aus sogenannter rein medizinischer Veranlassung;
2. sind für die Notwendigkeit der Verhütung maßgebend soziale Gesichtspunkte bei all den Frauen, denen kein männlicher Erzieher zur Seite steht, bei Frauen, bei denen ein weiteres Kind eine Gefährdung der ökonomischen Existenz der Familie bedeuten würde, und bei den Frauen, die innerhalb der letzten 2 Jahre vor dem Termin der Beratung verheiratet waren;
3. selbstverständlich eugenische Gründe als maßgebend für die Verhütung unmöglich minderwertigen Nachwuchses in Betracht kommen müssen.

Schließlich werden

1. bei allen Frauen, bei denen eine Schwangerschaft eine Gefährdung ihrer Gesundheit oder ihres Lebens mit sich bringt, also aus sogenannter rein medizinischer Veranlassung;

2. sind für die Notwendigkeit der Verhütung maßgebend soziale Gesichtspunkte bei all den Frauen, denen kein männlicher Erzieher zur Seite steht, bei Frauen, bei denen ein weiteres Kind eine Gefährdung der ökonomischen Existenz der Familie bedeuten würde, und bei den Frauen, die innerhalb der letzten 2 Jahre vor dem Termin der Beratung verheiratet waren;

3. selbstverständlich eugenische Gründe als maßgebend für die Verhütung unmöglich minderwertigen Nachwuchses in Betracht kommen müssen.

Wir suchen

zum sofortigen Antritt

Maurerpolier in mittleren Jahren
Bergarbeiter / Junge Arbeiter in
Glasfabriken / Maschinenteilehauer
Lang- und Shapinghobler / Stoßer
Reisende / Vertrieber / Zigarrenarbeiter
Friseur / Friseuse / Melker
Pferdeburschen

Landwirtschaftliche Arbeiter, die mähen
können / Wirtschaftsgehilfen
Wirtschaftsgehilfinnen

Hausmädchen in Gastwirtschaften
Hausmädchen in Privathaushalt
Zigarrenmacherinnen

Graveurlehrling / Dekoralehrerin
Lernende Verkäuferin
Lernende Kindergartenlehrerin

Arbeitsamt Freital

Lange Straße 19 / Fernruf Nr. 695

Central-Apotheke Freital

Untere Dresdener Straße 119 - Fernruf 208

Allopathie / Homöopathie / Biochemie

Anfertigung sämtlicher Krankenrezepte

Medizinisch-pharmazeutisches Laboratorium

Städtisches Bestattungs-Amt Neues Rathaus

Eingang an der Kreuzkirche 5. Fernruf Sammelnummer 23286

Auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet!

Gargmutterlager: Kleine Zwingerstraße 8 — Fernruf 20082

Urnenmutterzimmer: An der Kreuzkirche 5

Gefamitsosten bei Beerdigung Feuerbestattung
Klasse 1 etwa 400 Mark 375 Mark
Klasse 2 etwa 240 Mark 210 Mark
Klasse 3 etwa 155 Mark 140 Mark

Überführungen von und nach auswärtis mittels Kraftwagen. Überführungen nach der Feuerbestattungs-Anstalt innerhalb des Stadtgebietes dürfen nur durch das Städt. Bestattungsamt erfolgen.

Annahme von Spurenlagen - Vermittelung von Versicherungen - Auskünfte, Tarife, Anträge lösen los.

Elegante Damen- und Herren-Maßschneiderei

Willi Kell
Zschachwitz, Niedersedlitzer Str. 9

Obstweine

Birnenwein 10 Ltr. M. 4.50
Apfelwein, herb., 10 Ltr. M. 4.50
Apfelwein, süß, 10 Ltr. M. 5.50
Johannisbeerwein 10 Ltr. M. 9.—
Erdbeerwein 10 Ltr. M. 18.—
auch auf 1/2-Liter-Flaschen abgezogen
Obstweinkellerei des Städtisch. Rittergutes
Pirna Rottweindorf

Die Peuvag drückt alles

Brand-Präsidium

Donnerstag den 12. Juli, 15 Uhr, finden im Gasthof „Stadt Dresden“ die unentbehrlichen öffentlichen Erstimpfungen statt.

Impfpflichtig sind alle im Jahre 1927 geborenen Kinder und die in früheren Jahren geborenen Kinder, die erstmalig noch nicht oder ohne Erfolg geimpft worden sind.

Alle Eltern, Pflegemütter und Vormünder dieser Stadt werden hiermit aufgefordert, mit ihren impräsentablen Kindern zu diesem Termin zwecks Vornahme der Erstimpfung und Nachschau zu erscheinen.

Die Nachschau der geimpften Kinder findet eine Woche später, also am Donnerstag dem 19. Juli 1928, 15 Uhr, statt.

Brand-Präsidium, am 26. Juni 1928.

Der Stadtrat.

Zentrale Bekanntmachungen

- Freital -

Dienstliche Sitzung

der Stadtverordneten zu Freital Donnerstag den 5. Juli 1928 im Ausklang an die

Gemeinschaftliche Sitzung

im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

Freital, am 30. Juni 1928.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Gemeinschaftliche Sitzung

des Rates und der Stadtverordneten Donnerstag den 5. Juli 1928, 19 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

Freital, am 30. Juni 1928.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Die Arbeitszeitbewegung in der west-sächsischen Textilindustrie

Wie die Reformisten den Kampf um den Achtfunderttag bzw. die 48-Stundenwoche sabotieren, zeigt anschaulich die Bewegung im westsächsischen Textilgebiet beim Ablauf des Arbeitszeitabkommen. In Wessingen bestand bisher eine Arbeitszeit von 51 Stunden, die mit Zustimmung des Betriebsrates auf 54 Stunden ausgedehnt werden konnte. Lehnte die gesetzliche Betriebsvertretung die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden in der Woche ab, dann kann sich der Unternehmer an das Tarifschiedsgericht wenden und dieses Gericht hat im vergangenen Jahre den Unternehmern eine Arbeitszeit bis zu 57 Stunden bewilligt. Ein Fall, der sich am 14. Juni vor dem Tarifschiedsgericht in Chemnitz abspielte, zeigt recht drastisch die ganze Demagogie der Sozialdemokraten bei ihrem Kampf um den Achtfunderttag. Ein Unternehmer in Wessingen beantragte für 40 Arbeiter eine Arbeitszeit von 57 Stunden in der Woche. Da der Betriebsrat die Forderung leicht verständlich ablehnte, logte nun der Unternehmer beim Tarifschiedsgericht in Chemnitz. Im trauten Verein mit den Unternehmern unterzeichneten die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, ein Mitglied der Hauptleitung und ein Angestellter der Filiale Thalheim den Schiedsspruch, der den Beurlaubungen des Arbeitgebers nochmal und den Arbeitern die Arbeitszeit von 57 Stunden aufzwang. Dies geschah am 14. Juni, trotzdem eine Vorstandsetzung des Gutes Sachsen am 13. Mai, die zu der westsächsischen Arbeitszeitbewegung Stellung nahm, die Forderung der 48-Stundenwoche aussetzte und einen Antrag annahm, alle Überstunden abzulehnen. Nun die ganze Hechtkai dieser rechten und linken Sozialdemokraten zeigt sich typisch bei dieser Bewegung in Sachsen. Sie versuchten mit aller Gewalt, die Bewegung der Textilarbeiter durch den Schlichter abzuwenden. Die Textilarbeiter, denen es mit ihrem Kampf um die 48-Stundenwoche ergriff, haben in vielen Betriebs- und Verbandsversammlungen außer der 48-Stundenwoche auch nach der Forderung des Oppositions auf 10 Pf. Lohnausgleich pro Stunde zugestimmt, bei der Leistungsteigerung und bei der Verkürzung der Lebensschichtlinie eine Forderung, die jeder Textilarbeiter für vollständig berechtigt erklärt. Die Bürokratie lehnt natürlich in ihrer torstreuenden Einstellung die Forderung einer Lohnverhöhung ab. So das Lohnabkommen ergt am 30. September abschließt.

Recht beunruhigend sind die Unternehmer über die Bewegung, die kräftig von der Opposition eingeleitet ist. Die Textilzeitung schreibt:

Während früher der DTB die 48-Stundenwoche verlangte, hat er diesmal die Forderung der 48-Stundenwoche aufgestellt, ein Beweis, dass die Vertreter der radikalen Richtung im Textilarbeiterverband die Oberhand gewonnen haben. Auch verschiedene andere Anzeichen deuten auf eine Stärkung des Einflusses der schärfsten Tonart im Textilarbeiterverband hin.

Die Textilzeitung wirft den DTB-Führern folgende vor und weiß daraus zu führen, dass der Textilarbeiterverband in anderen Gebieten nicht solche "radikalen" Forderungen wie in Westsachsen aufstelle. Sie schreibt u. a., dass auf Antrag der Vertreter des Textilarbeiterverbandes in Südbayern der 54-Stunden-Schiedsspruch verbindlich erklärt worden ist. Sie führt noch ein Dutzend derartiger Beispiele an, um zu beweisen, dass auch im westsächsischen Textilgebiet die Forderung der 48-Stundenwoche insgesamt nicht berechtigt sei. Die Unternehmer erklären die Forderung der 48-Stundenwoche für vollkommen undankbar und verlangen für die jährliche Textilindustrie infolge der abgelaufenen Konjunktur die 54-Stundenwoche. In den größten Betrieben haben auf die Initiativen der oppositionellen Kollegen Versammlungen stattgefunden, die sich überall für die 48-Stundenwoche und für einen Lohnausgleich von 10 Pf. die Stunde ausgeprochen haben. Die rechten und "linken" Verbandsangehörige sabotieren mit allen Mitteln die Bewegung zur Erklärung der 48-Stundenwoche. In keiner Filiale des Verbandes wird von ihnen zur Arbeitszeitbewegung Stellung genommen. Ueberall sind es die Vertreter der Opposition, die in den Verbandsversammlungen entgegen dem Willen der Bürokratien die Forderung des Arbeitszeitabkommen auf die Tagesordnung bringen. In einer Bezirksversammlung der Filiale Zwickau, die am 21. Juni stattfand, sollte Stellung genommen werden zu den Unterstützungsvereinigungen des Verbandes. Unsere Genossen verlangten, dass die Arbeitszeitfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung gelegt wird. Der Vorstand war darüber sehr bestürzt und als Ausrede behauptete er, dass er darauf "nicht vorbereitet" sei. Also 9 Tage vor Ablauf des Abkommen sind diese "linken" Helden "noch nicht vorbereitet". Zweifellos besteht das Vertrauen bei diesen Bürokratien, die Bewegung in Westsachsen durch einen Schiedsspruch abzuwenden. In ihrem Verhalten kann man diese Phrasen, die sich immer da, wo es nichts kostet, sehr "radikal" gebären, am besten erkennen. Die Textilarbeiter ersehen aus der Haltung dieser Leute wieder einmal ganz drastisch, dass auch der Achtfunderttag nur erklungen werden kann gegen diese Sorte von rechten und "linken" SPD-Führern und im schärfsten Kampf gegen den kapitalistischen Schlichtungsapparat.

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

131. Fortsetzung:

"Dieser neue Schub ist dem Teufel zu schlecht . . . aufgepeitschte, freche Kerle . . . Sogar etliche alte J.W.B.s sind darunter . . . Der Vogl scheint zu glauben, er könne uns alles herschicken, was ein paar starke Arme hat . . . wie wir mit dem Vogl fertig werden, ist unsere Sache . . ." Er verzummte, blätterte verloren zu David Blad hinüber: "Und der Neue?"

"Ein ganz großer Kerl. Der wird zu uns halten," beruhigte ihn Bennett.

Dann liegten alle drei in das wartende Auto und das Getriebe brachte David Blad nach seiner Hütte.

Der Arzt betrachtete erfreut das schöne kleine Heim. Die waren einfach, aber geschmackvoll möbliert, und sein Sohn hatte ihm eine große medizinische Bibliothek hinterlassen.

Dr. Blad trat an die Bücherregale, nickte befriedigt und murmelte, für einen Arzt seltsamen Ausdruck: "Gott sei Dank kann ich mir Rat holen, falls einer von den beiden ein Schnupfen bekommt. Das eine Semester Medizinstudie ja doch nicht genügen."

In jungen grinsender Reger namens Mozes schien den als zu beforgen. Während dieser das Essen auftrug, berichtete David Blad den Bürgern. "Dem scheint dieses merkwürdige Klima nichts zu schaden," dachte er bei sich. "Er sieht fit und gefüllt aus, ist auch, soweit ich es beurteilen kann, völlig normal."

Er ließ sich mit Mozes in ein Gespräch ein und erfuhr, dass der Bürger bereits seit vier Jahren auf der Insel befindet.

"Arbeiten Sie auch in der Fabrik?" erkundigte sich der Arzt.

Der Reger rollte erschrocken die runden glänzenden Augen.

"Der gute Herr Gott soll mich bewahren!" rief er entsetzt.

"Ich bin immer beim Doktor Diener gewesen, geh nicht in die Fabrik. Um keinen Preis der Welt. Soll ich etwas den Verstand verlieren?"

David Blad wurde äußerst nachdenklich. Später ließ er sich von Mozes noch allseitig über seinen Vorgänger erzählen. Der zentralistische Schwarze verschleierte unter Tränen in den Augen vom

Ungeheure Erhöhung der Arbeitslosen-Berufsschule

Die Reichsanstalt vor der Pleite — Ein neuer Angriff auf die Taschen der Arbeiter

Von E. Steffens, Berlin

Die Bekanntmachungen der Reichsanstalt über die Finanzierung der Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung zeigen eine neue schwere Belastung auf. Trotz geringer Konjunktur und relativ niedriger Erwerbslosigkeit wird die Finanzlage der Reichsanstalt von Monat zu Monat katastrophaler. Es zeigt sich, dass nicht nur für die Arbeitslosen das 1924VfG ein Bedeutungsgegenstand bedeutet, sondern dass neue große Beitragslasten allen Arbeitern auferlegt werden sollen.

Im Monat März betrug die Durchschnittszahl der Hauptunterstützungsempfänger etwas über 1140 000. An Gemütsausgaben der Reichsanstalt wurden 112 840 000 Mark verbucht. Hieran entfielen über 7 420 000 Mark auf keine Verwaltungskosten.

Rund 15 Millionen Versicherte brachten insgesamt 67 765 000 Mark auf unter Berücksichtigung sonstiger Einnahmen blieb eine Nebenausgabe von über 14 Millionen. Der Gesamtbestand der Reichsanstalt lagt auf rund 58 Millionen Mark, davon waren als Ressid 16 370 000 Mark abgetrennt.

Im April stieg die Zahl der Versicherten auf 16 Millionen,

die Gesamtneinnahmen fielen auf 57 Millionen. Sie bleiben also mit über 13 Millionen hinter dem Monat zurück. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger fiel auf rund 861 000 288 000 Hauptunterstützungsempfänger waren weniger als im März vorhanden. Obgleich die Zahl der Unterstützungsempfänger nur ca. 25 Prozent abnahm, wurden die Gemütsausgaben auf 15 000 000 Mark, also um 42 Prozent gesenkt. Die Verwaltungskosten selbst nahmen nur um 800 000 Mark ab und verblieben im April die enorme Summe von 6 224 000 Mark.

Die Erprobung steht ein erneutes Minus von 15 35 Millionen fest. Der Gesamtbestand der Reichsanstalt ist gegenüber auf 49 400 000 Mark, in ihm ist der Ressid, der seine 11 Millionen mehr beträgt, enthalten.

Die folgende Zahl der Einnahmen bei besserer Konjunktur und mehr Versicherten ist zurückzuführen auf die Zunahme der Kurzarbeit und die niedrige Entlohnung der Beschäftigten, die oft in schlechter bezahlten Lohnlochern eingeschult werden, dass die Beiträge, er weder zur Arbeit Vermittelt noch nicht in Erscheinung treten. Wenn aber schon bei der günstigen Konjunktur, die die Zahl der Erwerbslosen auf einen relativ niedrigen Stand herabgedrückt hat, und obwohl 300 000 Erwerbslose keine Unterstützung erhalten, sich eine katastrophale Finanzgestaltung ergibt, so ist es nicht schwer vorauszusehen, wie bei einem kommenden Konjunkturumschwung oder Zunahme der Erwerbslosigkeit bei Saisonerscheinung sich die Lage der Erwerbslosen gestalten wird.

Die Arbeiter sind es, die die Kosten tragen sollen. Als erste Maßnahme ist von Seiten der Reichsanstalt die Erhöhung

der Beiträge auf 4 Prozent geplant. Das würde eine Erhöhung der Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen um 18 34 Millionen Mark entsprechen. Gemessen an den Ressidverhältnissen würden dann Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten. Gleichzeitig würde die Finanzlage der Reichsanstalt von Monat zu Monat katastrophaler. Es zeigt sich, dass nicht nur für die Arbeitslosen das 1924VfG ein Angriff auf die Taschen der Arbeiter ist, sondern dass neue große Beitragslasten allen Arbeitern auferlegt werden sollen.

Wiederum zeigt sich, wie berechtigt die Anträge der Kommunistischen Partei sind, dass die Gesamtlasten der Arbeitslosenversorgung den Besitzern der Produktionsmittel auferlegt werden müssen. Die bisherige Politik der Reichsanstalt in der die namhaftesten Räder der Gewerkschaften starken Einfluss haben, war darauf gerichtet, immer neue Entrichtungen der Erwerbslosen und Einbrüderungen im Unterstützungsbezug zu bestimmen. Wie erinnert an die Verlängerung der Karentzeit auf 7 Tage, an die Ausnahmedeterminungen gegen die Saisonarbeiter, an den Unterstützungsentschädigung für angeblich "nicht arbeitswillige" und vor allem die einschränkenden Bestimmungen, durch die die Streiks mittelbar Betroffenen ohne Unterstützung stehen.

Unter dem Druck der Arbeiter behauptet selbst die SPD in ihrer Presse, dass sie für die Verlängerung der Unterstützungsduauer auf 30 Wochen und für Ausbau der Krisenfürsorge sei. Die Arbeiter wollen aber nicht, dass diese hierzu notwendigen Mittel aus ihnen herausgepresst werden. Eine Lösung ist nur dadurch möglich, dass die von der Kommunistischen Partei gestellten Anträge im Reichstag angenommen werden. Die SPD behauptet, dass sie im Reichstag eine Politik im Interesse der Arbeiter treiben will. Sie hat durch Weiß das Reichsarbeitsministerium besiegt lassen, das einen ausschlaggebenden Einfluss auf die weitere Gestaltung der Arbeitslosenversicherung hat.

Die Arbeiter müssen in den Betrieben und Gewerkschaften zu dieser Frage Stellung nehmen, sie müssen durch den außerparlamentarischen Kampf erreichen, dass an Stelle der geplanten weiteren Erhöhung der Beiträge auch die bisher von den Arbeitern aufgebrachten Gelder zu Lasten des Unternehmers gehen. Aus den angeführten Beispielen ist zu erkennen, welche Pläne geplagt werden. Kampf gegen neue Lasten muss die Parole der Arbeiter sein.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt vom Montag bis mit Freitag 8 1/2 Stunden, und Sonnabends 5 1/2 Stunden. Eine anderer Verteilung der 48-Stundenwoche kann im Bedarfsfalle betrieblich vereinbart werden. Ferner verbleibt es bischließlich der Arbeitszeitreglung für die Berufsfreunde, der Zuschläge für Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Schichtwechsel bei den Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien vom 4. Juli 1927 und bischließlich der Berechnung der Überstundenzuschläge bei der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien vom 28. Juli 1927.

Mach sich aus wirtschaftlichen Gründen Kurzarbeit nötig, so unterliegt die Verteilung der Gesamtwochenarbeitszeit auf die einzelnen Werkstätten der betrieblichen Regelung im Rahmen mit der Betriebsvertretung. Dabei darf jedoch eine Lohnminderung entsprechend der Arbeitszeitreglung erst von dem Zeitpunkt ab eintreten, an dem das Arbeitsverhältnis nach den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen endet würde.

In denjenigen Betrieben, wo eine Betriebsvertretung nicht vorhanden ist, tritt an die Stelle der Betriebsvertretung eine für den jeweiligen Fall geeignete Kommission der Arbeiter.

Bestehendes Arbeitszeitabkommen tritt mit dem 1. Juli 1928 in Kraft und läuft unbefristet mit zweimonatlicher Fristigkeit, die das erstmal für den 31. Dezember 1929 ausgesprochen werden kann.

Die Erklärungsrück für die Parteien läuft am Dienstag den 3. Juli 12 Uhr ab. Dieser Schiedsspruch, der eine wesentliche Verbesserung für die Arbeiter mit sich bringt, dürfte bei den Textilarbeitern lebhafte Erbitterung auslösen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Textilarbeiter diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung geben.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Meissner; für Soziales, Gewerkschaftliches, Sport und Freizeit: Richard Spengler; für den Pressestellen: Arndt Burkhardt. Anschrift: in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsanstalt — Druck: "Kettwig". Dresdner Illustrierte Dresden

Unnehmbarer Schiedsspruch

für die westsächsische Textilindustrie

Die Dresdner Volkszeitung teilt mit, dass am Donnerstag auf Antrag der Unternehmer im Arbeitsministerium Verhandlungen über die Verlängerung des Mehrarbeitszeitabkommen für die mittel- und westsächsische Textilindustrie stattgefunden haben. Von dem berichtigten Schlichter Haas, der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzt war, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Das Mehrarbeitszeitabkommen laut verbindlich erklärtem Schiedsspruch vom 4. Juni 1927 wird mit folgender Maßgabe verlängert:



Sie kann nicht aufgehalten werden — die kommunistische Partei in ihrem Kampfesdringen. Hilfe mit! Wohl für Partei und Presse!

In der Früh hat er mich fortgeschickt," erzählte er, "hat gesagt: Du hast einen freien Tag, Mozes, komm erst morgen vormittag wieder." Und als ich kam, war er schon tot, hatte sich vergiftet."

David Blad fuhr zusammen: das hatte ihm Bennett verschwiegen.

"Weiß man, weshalb er Selbstmord begangen?" fragte er.

"Die in der weißen Villa lagen, er sei verrückt gewesen," sprach Mozes zornig. Aber das ist erlogen. Er war ein guter Mensch, der Doktor, kannte das Elend nicht länger mit ansehen. Jedesmal, wenn er von der anderen Insel kam, wo die Verluste wohnen, war er totenblau und konnte keinen Bissen hinunter schlucken. Kein guter Mensch kann das Elend mit ansehen; auch dem armen alten Professor erging es so."

"Dem alten Professor? Wer war das?"

"Wir haben seinen Namen nie gewußt; nannten ihn immer den alten Professor."

"Ist auch der tot?"

"Nein."

"Lebt er noch hier?"

"Nein."

Moses war plötzlich wortlos geworden. David Blad schaute ihn an. Der Neger senkte erschrocken die Augen.

"Was ist mit dem Professor, Mozes?"

"Herr Doktor," stammelte der Neger. "Ja, glaube, auch Sie sind ein guter Mensch. Aber — bitte — fragen Sie mich nicht — vielleicht später — wenn ich Sie besser kenne."

David Blad überlegte, sprach dann tiefstens: "Moses, Sie dürfen mir vertrauen. Ich kann Ihnen freilich keinen Beweis dafür liefern, dass ich nicht ebenfalls zu den Sklaven von der weißen Villa gehöre; aber Sie und alle feste, die es interessiert, sollen wissen, dass ich der Held dieser Menschen bin, auch dann, wenn ich freundlichlich mit Ihnen verkehre. Versehen Sie?"

Moses blickte ihn verwirrt an und gab keine Antwort.

Ohne den Neger weiter durch Fragen einzufüchten, bediente der Arzt sein Maß und begab sich in das ebenerdig gelegene Schlafzimmer.

Es war bereits spät und David Blad begann sich zu entkleiden. Das elektrische Licht erhellt den freundlichen Raum; die Fenster, die in den Garten führen, standen weit offen.

Blößlich dünkte es dem Arzt, als bewege sich etwas auf dem Gartenplatz. Er wachte auf hastig aufs Bett, griff nach dem Revolver, legte die kleine Taschenlampe neben sich und verließ

Dann verharzte er regungslos, atmete tief wie ein Schlaender und wartete.

Nach einer kleinen Weile glaubte er zu hören, wie ein Mensch auf den Zehenspitzen zum Fenster schlüpfte.

Er rührte sich nicht.

Etwas rutschte, und nun schien es dem Arzt, als ob sich im Fensteröffnung etwas Dunkles zeigte.

Er griff unheilbar nach der Taschenlampe. Ein grelles Licht blieb auf.

Eine Sekunde lang erblickte David Blad im Fensterrahmen ein wunderschönes Frauengesicht. Dann verschwand es, und er vernahm auf dem Platz laufende Schritte.

Selbstverständlich schien dieser unerwartete nächtliche Besuch den Arzt nicht im geringsten zu erschrecken. Im Gegenteil. Er lächelte zufrieden vor sich hin und brummte halblaut:

"Der Schurke hat recht: Sie ist tatsächlich wunderschön!"

Am folgenden Tag durchstreifte David Blad die kleine Insel, betrachtete alle und alles mit großem Interesse. Es fiel ihm auf, dass die blässen, stumpf aussehenden Menschen ihn gar nicht beachten, obwohl das Erscheinen eines Fremden hier ein Ereignis sein müsste.

Noch eines fiel ihm auf: der Unterschied zwischen den Männern, denen er begegnete. Die einen glichen Traumwandler, blau schwankend schleppen sie sich dahin, blättern steriler Zeile. Andere hingegen waren blau und müde

G

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

G

DRESDEN-NEUSTADT

Mediz.-Drogerie E. Stephan, Fichteneckstr. 8
Dresden, Farben, Lacke
63602

Ewald Lüschbor
Pfeifermeister
Altmühl, Ecke Leipziger Str.
63602

DROGERIE MAX PRANZ
Konditorei, Ecke Friedensstraße
Kleiner, Farben, Lacke
Waschkartikel, Weinberge
63604

TRACHENBERGE

Lederhaus „Blaue Ecke“
Trachenberger Platz
Lederwaren • Leder • Sportartikel
63605

DRESDEN-PIESCHEN

Pieschener Vereinshaus
ARTHUR THOMASCHKE
Mühlenstraße 1, Ecke Torgauer Straße
63606

Mettlach- und Wurstwaren
Paul Hennig, Döbelner Str. 4
63606

Adam & Riemann, Lederhandlung
Leipziger, Ecke Mietzstraße
63606

WEINBOHLA

Max Bährisch
Qualitäts-Fruchtwasser • Eigene Kelterei
Mittelpunkt 7
63607

Curt Naumann, Königstraße 53
Kolonialwaren • Lebensmittel • Fleisch- und
Grässwaren
63608

Willy Lippmann, Hauptstraße 38
Haushaltswaren • Fleisch- und Wurstwaren
63609

August Reinhold, Herren-Artikel / Trikotagen
Wolle • Strumpfwaren • Wäsche
Hauptstraße 41
63609

Gebäckhaus Löbenicht, Hauptstr. 48
Reichenbach & Schuhhardt • Leder
63609

Himm Kaffee von Burkhardt

Otto Wendl, Kirchplatz 14
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
63609

Deutsch die
Lichtspiele
Wettinschlösschen
Weinböhla
63609

RÄDEBEUL

Modehaus A. Reiche
Radebeul-Niederlößnitz
amplikat zu zutreffigen Preisen: Kinderkleidung
Wäsche / Kleinkinder / Herrenartikel
63610

COSWIG

Guldo Wippler, Hauptstraße 1
Eisenwaren, Werkzeuge, Oates
Bosa- und Kleiderfertigung
63617

Bierhandlung Neu-Görlitz
Begründet 1906 / Leipziger 137
63618

Kronen-Apotheke Coswig
Anfertigung aller Rezepte
Dresdner Straße 23
63619

Fahrräder, Fahrradzähne, Motorräder,
Scooter etc. • Otto Spurk, Dresden-Süd
63620

RADEBERG

Konfektion / Gämml. Wäscheartikel
F. Gronau, Vertretung: Höfer,
Strasse 11 II, b. Sturm / Leitzahlung
63625

GROSSROHRSDORF

Kaufhaus Schönwald
Großes Tegelwaren-Kaufhaus
Bildhauerwerker Str. 253 II
63626

Kolonialwaren
Albin Böller, Mühlstraße 255
63627

Herrenmoden, Blaß und Konfektion
J. Kriebel, Bildhauerwerker Str. 258
63628

Woden Schuhgeschäft
Bildhauerwerker Straße 105
63629

Alfred Mißbach
Wäsche / Leinenwaren / Bettfedern
3% Rabatt Mühlstraße 255
63630

Hüte / Mützen / Bettwörter
J. Wagner, Mühlstraße 255
63631

DOHNA I. SA.

Haus-Drogerie Paul Schumann
Obere Stadt, Pirnaer Straße 3
63631

Mettlach- und Wurstwaren empfohlen Otto
Trotzsch, Fleischhersteller, Altmühlstraße 3
63631

Dampf-Wäscherei
C. LOCHMANN

Große Freiburgstr. Nr. 8
Telefon 20081

63642

BULGARIA



KRONE

63645

Gesunde Nahrung

Nahrung, gebr. Früchte, reine Speise-
öl, Brot, Obst, Marmeladen usw.
Fordern Sie Preissatz,
Stadt- und Postversand.

Staubfrei

WURSTWAREN

Kleinbetriebung • Technische Neuerungen

63646

Verleihgeschäft für Bühnen kostümierung

Gustav Starke, Inh. Willy Starke
Rosenstraße 24, Telefon 27193
63647

Musikinstrumente O. Burkhardt
Musikalien Moritzstraße 28
u. d. Ringstraße
63648

PIRNA-COPITZ

PIRNA-COPITZ